

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Existenzgeld für alle -
wir wollen 1500 DM plus Miete!

Nr. 472

25. März 1999

Vorwort:

Leider hat sich der Beginn der Auszahlung eines Existenzgeldes von 15.000 Mark (kein Tippfehler!) plus Warmmiete für Alle ab diesem Wochenende noch ein wenig verzögert. Nur Oskar hat es schon geschafft. Er bekommt ab sofort eine monatliche Rente in dieser Höhe für seine knapp halbjährige Tätigkeit als Finanzminister ausgezahlt.

Eine paar kleine Bemerkungen zu zwei Volxsporterklärungen, die wir aus unten genannten Gründen in den Ordner gepackt haben, wollen wir uns nicht verkneifen. Wir sind der Meinung, daß ein Aufkleber der heavy-metal-Gruppe „Rammstein" auf einem Auto (in diesem Fall Kleinwagen) oder von Hertha BSC und „Böhse Onkelz" in keinem Fall ausreicht, eine „Aktion" gegen diese Autos zu starten. So eine „Aktion" ist politisch völlig beliebig und verwischt alle Kriterien, die eine Wagensportliga ausmachen. In die selbe Richtung geht unserer Meinung nach die Veröffentlichung von UnterzeichnerInnen der CDU-Kampagne gegen doppelte Staatsbürgerschaft im Internet unter dem Motto „Rassisten und RassistInnen haben einen Namen - greifen wir sie an". Wird hier nicht die eigene Hilflosigkeit angesichts der realen Mehrheitsverhältnis in diesem Land und der politisch geschickt eingefädelten Kampagne der CDU zu einem (zumindest rhetorischem) blindwütigem Umsichschlagen? Auch wenn wir die Verantwortlichkeit eines Jeden und Jeder für seine Unterschrift unter diese Liste nicht in Abrede stellen wollen, sollte man doch im Blick behalten, wer diese Kampagne angeschoben hat.

Selbst um die lukrativen Listenplätze der KPD/RZ für die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg scheint schon das uns aus größeren Parteien bekannte Gerangel loszugehen: Will da etwa jemand Christian seinen Platz wegnehmen??

Wer schon mal einen Vorgeschmack auf die nächste Nummer haben will, der sehe im Internet unter http://squat.net nach.

Noch ein paar Technix:

Wenn ihr Lust habt, könnt ihr uns in Zukunft eure Texte auch als txt.Datei mitschicken. Eventuell könnte dann jemand damit einen Layout-Versuch unternehmen. Aber versprechen können wir euch nichts.

Leider konnten wir die Filme des Plakats für die FrauenLesben-Fete am 27.3.99 im EX nicht verwenden, denn unserer Blättchen erscheint, wie ihr seht, in DIN A 4 und nicht in DIN A 2.

Liebe Gruppe „y2k": auch ohne daß ihr die „Veröffentlichung durchgesetzt" habt, ist euer Text diesmal drin. Wir hatten beim letzten Mal einfach nicht genug Platz. Etwas revolutionäre Geduld bitte.

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Vertrieb und Sonstiges:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften, gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken. Geht bitte in den nächsten Infoladen, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Photokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende: **Knastabos** gibt es umsonst und auch **Infoläden und Infocafes** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Inhalt:

Ordner:

- Wir sind alle PKK
- Gleiche Rechte für alle (zur Demo am 21.3. - leider zu spät)
- Volxsport Kleinwagen
- Volxsport Internet

verschoben:

- Intercontinental Caravan für Solidarität und Widerstand
- Aufruf gegen die Agenda 21
- http:\\squat.net

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen. Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und den benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens drei Hefte jede Woche. Falls ihr ganz abseits im Wald oder sonstwo wohnt, und uns in einem Brief die Unmöglichkeit, zwei weitere WGs zu finden, erklärt, machen wir gerne eine Ausnahme.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Am besten werft ihr eure Artikel selbst in unser Postfach im Mehringhof (in einem geschlossenen Umschlag mit deutlich „für Interim" drauf durch den Schlitz im Postraum). Sollte dies euch nicht möglich sein, schickt es per Post - aber dieser Weg ist nicht 100% sicher.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollten **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine oder ähnlichem schreibt, ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Photo oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in der Regel ohne Kommentar in die **Ordner**. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im Kopierladen M.99 (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen Daneben (Liebigstr. 34) und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen; und auch nicht in die Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Anzeigen: wir drucken keine bezahlten Anzeigen ab; aber Verlage oder Gruppen, die eine Broschüre vertreiben, können uns einfach eine [illegible] und vielleicht als Dankeschön ein Belegexemplar schicken und wir drucken dann im Normalfall die Anzeige ab. Die Größe

Auf dem Weg nach Willnix

Am letzten Wochenende haben die Redaktionen der Zeitschriften *arranca* und *analyse und kritik* in der Humboldt-Uni und im Mehringhof unter dem eigentlich schönen Slogan: „Schluss mit dem Stress" eine sogenannte „Arbeitskonferenz" veranstaltet. Die sollte „für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" eintreten und „zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft" motivieren. Nun, wir fanden natürlich, daß das im Prinzip eine gute Idee ist. Im Unterschied zu der „Lohnarbeits-AG" auf dem Autonomie-Kongress 1995, wo viele alt gewordene GenossInnen einen sentimentalen Abschied aus der Jugendbewegung zelebriert haben, indem sie sich wechselseitig einfach über ihre persönlich-individuelle Lohnarbeit erzählten, ohne daran auch nur den kleinsten politischen Gedanken auszuprobieren, könnte eine solche Konferenz vielleicht den Raum dafür öffnen, politisch über gesellschaftliche Perspektiven heraus aus der Lohnarbeit und hinein in eine bedürfnisgerechtere Organisation gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion zu streiten.

Worüber man hätte diskutieren können ...

In dem Einladungspapier fand sich nicht ein einziges Wort zu den Erwerbslosenprotesten aus dem letzten Jahr, an denen sich - nebenbei gesagt - ja auch die Organisation *Fels* beteiligt hatte. Schon vergessen, Schnee von gestern? Immerhin haben sich da wenigstens zeitweise ein paar tausend Leute „irgendwie" in der Öffentlichkeit versammelt, um „irgendwie" gegen ihren Ausschluß von den gesellschaftlichen Reichtümern zu protestieren. Warum ist diese Form gescheitert, warum mußte sie vielleicht scheitern, oder ist sie vielleicht lediglich unter bestimmten Bedingungen an ihr nur vorläufiges Ende gekommen? Die Konferenz wäre eine gute Gelegenheit gewesen, das schnelle Versinken dieses gesellschaftlichen Protests einmal unter die Lupe zu nehmen. Wenn man einen Zusammenhang herstellen will zwischen dem, was man gestern getan hat und dem, was man heute tut, und zwar um herauszufinden, was man morgen tun will, dann kann es doch nicht ausbleiben, daß man untersucht, warum bestimmte Kämpfe gescheitert sind, vielleicht scheitern mußten .... Auch der gescheiterte Versuch der nicht immer und an allen Stellen nur nominellen Ostblock-Sozialismen, die Lohnarbeit in irgend etwas besseres zu verwandeln, war den InitiatorInnen keine AG wert ... Kurz: Irgendwie fehlte uns im ganzen Programm die Dimension des Überlegens für die Zukunft des eigenen Handelns. Für was, dachten wir, betrachten die Organisatorinnen ihre „Arbeitskonferenz" eigentlich als Zwischenetappe? Wenn`s schon öffentliche Manifestationen nicht sind oder vielleicht aktuell auch nicht sein können, so hätte man dort doch wenigstens versuchen können, mit Hilfe von Begriffen ein paar Gedanken für die Zukunft schärfer zu formulieren. Auch wenn die politischen Handlungsspielräume im Kampf gegen Ungerechtigkeit und Armut in den Metropolen derzeit denkbar gering sind, so hätte ein Verdienst der Konferenz doch darin liegen können, einen Durchgriff auf die tatsächliche politische Ökonomie der an ihr teilnehmenden Individuen zu entfalten.

Niemand wird wohl widersprechen, wenn wir sagen, daß der gegenwärtige Kapitalismus ohnehin die fordistischen Hochlohnarbeitsformen insoweit praktisch kritisiert, als er sie abzuschaffen versucht. Das ist der Horizont, in dem jedes Reden über „Lohnarbeit" sich bewegt. Und wir vermissten schon in der Einladung der Konferenzistas den Versuch, das Thema „Lohnarbeit" mit der Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus zu vermitteln. Kurz: Wir vermissten den Versuch einer Kritik der politischen Ökonomie auf der Höhe der Zeit. Der (reale) Sozialismus ist in der Weltpolitik kein durch die Sowjetparizer beglaubigter ideologisch-politischer Anspruch mehr. Darüber hinaus scheidet für die überflüssig Gemachten und Verstreuten der Streik als Waffe aus. Wenn ihr schwacher Arm es will, steht keine der heutigen high-tech-Produktionsstätten mehr still. Wie also können sie sich Gehör verschaffen in dieser Welt?

Die Visionen von Gleichheit und Gerechtigkeit, die die beiden politisch dominanten Strömungen der Arbeiterbewegung, der Leninismus-Stalinismus und die Sozialdemokratie vertreten haben, erscheinen am Ende dieses „kurzen Jahrhunderts" blamiert. In welchem Verhältnis sollen die Ziele Gerechtigkeit und Gleichheit in Zukunft zu Vorstellungen von Reichtum und Freiheit stehen? Ist Kollektivität ein erstrebenswertes Ziel, und in welchem Verhältnis steht sie zur Selbstbestimmung der Einzelnen? Diese Fragen hätten unbedingt diskutiert werden müssen, um endlich wieder erste Skizzen eines Gegenbildes zum gegenwärtigen Kapitalismus zu entwerfen. Die Konferenz hätte eine Gelegenheit sein können, darüber zu streiten, wie wir es schaffen können, selbstbestimmte Abhängigkeit machtvoll dem scheinbar übermächtigen Ideologiiedal vereinzelter Individualität der privat wirtschaftenden, auf Kosten der Armen reich gemachten EgoistInnen entgegenzusetzen - und zwar in der Perspektive von Glück und Befreiung.

Schlimme Befürchtungen ...

Aber schon die schriftliche Ankündigung der Konferenz war in dieser Hinsicht nicht sehr vielversprechend: Kaum hatten wir das vierseitige Einladungspapier gelesen, zerplatzte unsere Hoffnung auf mehr oder weniger zugespitzte Auseinandersetzungen auf dem geplanten Kongress wie eine Seifenblase. Gleich die zweite Überschrift im Papier, „Vorsicht Ambivalenz" (der die erläuternde Bemerkung „Politische Gebrauchsanweisung zur Existenzgeldforderung" hinzugefügt war) verriet die zum Einschlafen vorsichtige Strategie der VeranstalterInnen: Statt mit profilierten Standpunkten innerhalb von Widersprüchen und Kontroversen - so fürchteten wir - würden wir mit einer - auf Ausgewogenheit oder vielleicht sogar höfliche Unparteilichkeit bedachten - abwägenden Betrachtung von „Ambivalenzen" konfrontiert werden. Und, das wissen wir alle, angesichts von Ambivalenzen können wir uns ja immer sehr schlecht entscheiden, sind eher hin und her gerissen als einigermaßen klar positioniert. Und ganz passend zur Überschrift lasen wir dann auch eine 'Problemstellung', der anzumerken war, daß ihre AutorInnen es sich offenbar wirklich mit niemandem verderben wollten. Sozialwissenschaftlich ambitioniert führten sie zunächst einmal Fachbegriffe wie „Globalisierung" und „Postfordismus" ein, zählten danach „verschiedene Diskurse zum Existenzgeld" auf, reihten dann brav „verschiedene Praktiken wie feministische Politik, JoberInnen-Inis, Antirassismus-Arbeit" auf, und erwähnten schließlich auch noch die „Marxistische Kritik". Etwas sibyllinisch hieß es, diese Kritik weise auf eine „Lücke" hin, die, und das sollten wir dann wohl bedenken, „niemals im Singular auftaucht". Am Schluß der kleinen Abhandlung gaben uns die AutorInnen den entscheidenden Hinweis: „Im Rahmen der Arbeitskonferenz tauchen diese Fragen in unterschiedlichen AGs auf. Wie sie diskutiert und beantwortet werden, liegt an den Teilnehmerinnen". Wie bitte?!, dachten wir da. Es ist zwar mehr als klar, daß was in den AG's geredet wird, an den TeilnehmerInnen hängt, aber warum mußte das hier so beschwörend erwähnt werden? Und wo sind die Vorschläge, die Positionen und Anforderungen der InitiatorInnen? Uns schwante Schlimmes: Fürchteten sich die VeranstalterInnen der Konferenz etwa, ihnen könnte vorgeworfen werden, sie würden die KonferenzbesucherInnen unterdrücken, wenn sie ihnen eine eigene Position zu den verhandelten Fragen vorlegen würden? Kurz, schon die Einladung machte den Eindruck, als wollten sich die Konferenzistas von niemanden für nichts, aber wirklich für gar nichts, was auf dieser Konferenz möglicherweise gedacht und gemacht werden würde, verantwortlich machen lassen.

... doch es kam noch schlimmer ...

Was uns dann mit der Konferenz geboten wurde, war noch viel deprimierender als alles, was wir uns vorher vorgestellt hatten. Wir machen's kurz, denn wir finden, daß es auch irgendwie billig ist, noch nachzutreten, wenn etwas für alle Augen sichtbar am Boden liegt. Vom Anfangspodium in der Humboldt-Uni an boten die VeranstalterInnen und VorbereiterInnen der Plena und Arbeitsgruppen (die wir mitbekommen haben) ein Bild organisierter Hilflosigkeit. Uns wird zur Zeit immer klarer, was Immanuel Kant mit dem Ausdruck „selbstverschuldete Unmündigkeit" gemeint hat, denn die Beliebigkeit der Vorbereitung war selbstverschuldet. Die Leute hätten es tatsächlich viel besser machen können - und zwar jede/r einzelne von ihnen -, wenn sie nur Verantwortung dafür übernommen hätten, was in den 2 ½ Tagen der Konferenz passiert. Wir haben keine/n einzigen der VorbereiterInnen auch nur drei Minuten lang für irgendeine Position Stellung beziehen hören. Außer völlig in der Luft hängenden und werbesloganartig daherkommenden pro-Existenzgeld-Äußerungen gab es wirklich keinen einzigen Punkt, an dem sie sich positioniert hätten. Es war völlig unklar, von welchem Ort diese Leute eigentlich sprachen und in welcher Perspektive. Entsprechend hingen die ReferentInnen z. B. der Auftaktveranstaltung in der Luft. Wenn man nichts gefragt wird und trotzdem zu antworten versucht, dann ist es halt sehr schwierig, einen roten Faden in die eigene Rede zu bringen. Wer nicht in der Lage war, das Vakuum mit eigenen Forderungen zu füllen wie z. B. die Leute von der Frankfurter Erwerbsloseninitiative, trudelte irgendwo zwischen sozialwissenschaftlichem Nichts und dem Nirgendwo der Konfliktvermeidung und wurde zum Komplizen einer ganz fürchterlichen, entmutigenden, traurigen Kollektivpräsentation von lauter Versuchen, sich als vereinzelte/r Einzelne/r irgendwie zu plazieren.

Daß wir so vielen nette FreundInnen und Bekannte aus allen Ecken der Welt getroffen haben, darüber haben wir uns natürlich gefreut. Daß die meisten davon ebenfalls total deprimiert waren, hat unsere Freude gedämpft.

Wir sind moralisch richtig enttäuscht von den VorbereiterInnen, und eins ist sonnenklar: Wenn sich dereinst mal wieder wirklich was bewegt in der Gesellschaft, dann wird es sein, als hätte diese Veranstaltung nie stattgefunden.

Und das tröstet uns dann doch ein bißchen ...

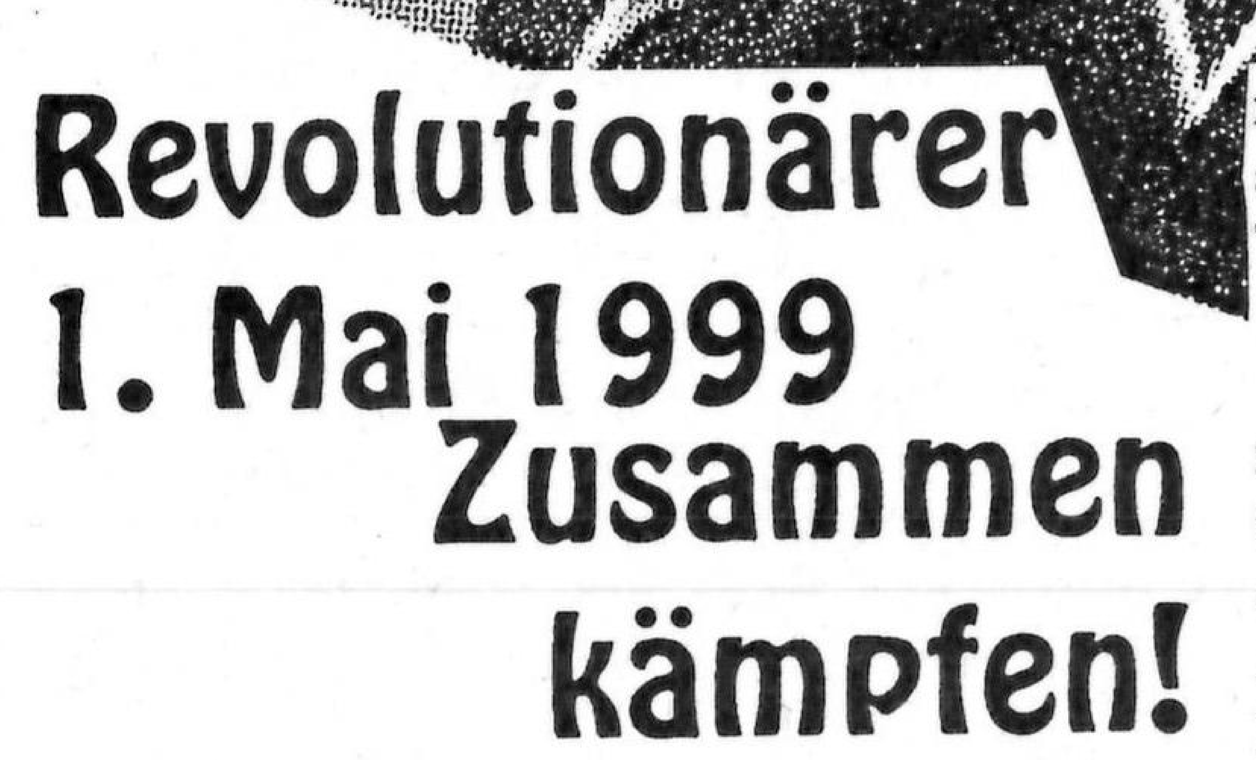


Timur und sein Trupp

Ein kleines P.S. findet ihr noch auf der nächsten Seite

Zwischenbemerkung: Über das kleine Autonomen - Kerlchen ...

Auf jeder Seite des Konferenzeinladungspapieres ist die Computer-Grafik eines jungen, fitten, turnschuh- und Basecap-tragenden „Autonomen"-Kerlchens abgebildet, das über eine Mauer klettert. Ob es jenseits der Mauer etwas neues anfangen will, oder ob es einfach nur abhaut, bleibt ein Rätsel. Ob es sich auf dem Weg zur kulturell codierten Eigenvermarktung in der expandierenden Medienindustrie macht? Oder ob es vielleicht gerade von der einsamen Tätigkeit des Einklauens, zurückkommt? Allein ist es jedenfalls, vielleicht ist sein graphisches Einzelgängertum auch eine Antwort darauf, daß die Kollektivitätsformen der 80iger in keine befreiende Politik gemündet sind. Nimmt man das Kerlchen als Symbol für die Existenzweise der KonferenzbesucherInnen (vereinzelt und hochmobil), dann läßt sich vermuten, daß es - vorbehaltlich eines möglicherweise noch zu erwartenden Erbes - arm an Geld, dafür aber reich an Jugend, Kontakten, Sexualität und Gesundheit ist, und daß es manchmal sicher auch im Internet surft. Abgesehen davon, daß jede/r WerbegraphikerIn das Kerlchen bestimmt für etliche Kampagnen gut gebrauchen könnte, müssen wir uns allerdings fragen: Wollen wir diese hochmobile und durchtrainierte Existenzweise wirklich feiern? Oder geht es vielleicht eher darum, die Verführung zurückzuweisen, uns selbst mit den Bildern von Stärke und Geschwindigkeit zu identifizieren, die doch nur dazu auffordern, ganz von uns selbst aus (im doppelten Sinne frei, wie das Karl Marx damals treffend genannt hat) an den Arbeitsmärkten zu reussieren, - solange wir können ...? Wir ahnen da eine seltsame Berührung: Kann es sein, daß einige von uns, individualisiert, älter werdend und ganz unbewußt vom verbreiteten Ideal der Smart- und Coolnes geleitet, die Lohnform aus der Perspektive künftiger ökonomische Selbständigkeit kritisieren?



Revolutionärer 1. Mai 1999 Zusammen kämpfen!

Nachdem es in den letzten Jahren in Berlin zwei getrennte revolutionäre 1.-Mai-Demonstrationen gegeben hat, wird es 1999 wieder eine gemeinsame Demonstration geben, die von der überwiegenden Mehrheit der Gruppen aus den verschiedenen Bündnissen der letzten Jahre zusammen vorbereitet wird.

Grundlage dieser Einheit ist die Erkenntnis, daß tatsächliche Veränderungen des reaktionären Status quo nur zusammen erkämpft werden können. Auf dieser Basis ist es für die beteiligten Gruppen bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze möglich, eine kämpferische revolutionäre 1. Mai-Demo zu organisieren.

Die Demo soll um 18.00 Uhr am Oranienplatz los- und durch Kreuzberg und Neukölln bis zum Zickenplatz (Hohenstaufenplatz) gehen.

Motto ist:
International kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Es gibt keine Alternative zur Revolution!

Aus aktuellen Gründen wird dieses Motto um die Losung erweitert:
„Freiheit für A. Öcalan!"
„Weg mit dem PKK-Verbot!",
die auf einem Stangentranspi dahinter getragen wird.

Wir beziehen uns positiv auf die Tradition gemeinsamer revolutionärer 1. Mai-Demonstrationen in Berlin. Der Oranienplatz wurde als Auftaktkundgebungsort gewählt, weil Kreuzberg und Neukölln Berliner Stadtteile sind, in denen die Widersprüche des kapitalistischen Systems mit am deutlichsten zu Tage treten - Armut, Massenverelendung, rassistische Unterdrückung und Ausgrenzung..., aber auch der revolutionäre Kampf dagegen eine lange Tradition hat.

Gleichzeitig muß eine revolutionäre 1. Mai-Demonstration auch eine antifaschistische Demonstration sein. Wenn nötig, wollen wir es gewährleisten, daß ein am 1. Mai in der Region stattfindender Nazi-Aufmarsch angegriffen und verhindert werden kann. Diese beiden Ziele widersprechen sich nicht, sondern bedingen sich gegenseitig. Deshalb wird die Demonstration ab 18.00 Uhr stattfinden.

Ziel der Demonstration soll es sein, das gemeinsame Ziel von AntifaschistInnen, KommunistInnen, Autonomen, Feministinnen, AntiimperialistInnen... , eine freie klassenlose Gesellschaft, offensiv uznd kämpferisch auf die Straße zu tragen. Diese Idee liegt dem revolutionären 1. Mai weltweit zugrunde.

Eigene Inhalte können und sollen durch eigenständige Aufrufe, Transparente und Blöcke vermittelt werden.

Wir laden alle interessierten Gruppen ein, sich an der Vorbereitung des revolutionären 1. Mai in Berlin zu beteiligen.

Kontakt über Info- und Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53 (U Boddinstraße), Neukölln; Tel/Fax 622 32 34, Mo, Di, Mi, Fr, So ab 19.00 Uhr.

Heraus zum revolutionären 1. Mai!

Gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Gemeinsame revolutionäre 1. Mai-Vorbereitung

bisher bestehend aus:
AAB, AJAK, AJAS, AZ Berlin, Gruppe Internationale Berlin, Kommunistische und Autonome Gruppen, Proletarisches Komitee, RAI, Rev. Jugend, RONJA

Zur Bullenaktion im EX am Fr., den 19.März `99

Für alle, bei denen es sich noch nicht herumgesprochen hat: Vorfall Teil 1:
An besagtem Tag stürmten ca. 15 Bullen mit kugelsicheren Westen das EX, um 2 Personen wegen „begangener Straftaten" festzunehmen.
Der Thekendienst versuchte zuvor, das EX abzuschließen von innen, was ihm nicht gelang.

Die EX-BesucherInnen (ca. 80) waren völlig perplex und blieben an ihren Tischen sitzen, lediglich der Thekendienst schrie „Haut ab!" und verhielt sich aktiv in der Situation. Für uns (die BesucherInnen) war es zwar erstmal nicht ersichtlich, was sich abspielte und worum es ging. Daraus ergeben sich für mich 2 Kritikpunkte, die ich gerne mit mehreren diskutieren möchte:

1. Die BesucherInnen haben sich nahezu nicht verhalten, sie blieben unbeteiligt und atmeten sichtlich auf, daß sie nicht betroffen waren. Dies ist ein unhaltbares Verhalten. Es kann nicht angehen, daß der Thekendienst von uns allein gelassen wird in dieser Situation und die alleinige Verantwortung trägt. Sein Glück war, daß die ganze Gruppe Thekendienst machte und nicht - wie häufig üblich - nur drei Leute. Trotzdem kann man von einer linksradikalen Kneipe samt BesucherInnen parteiisches und überlegtes Verhalten erwarten , was nicht unbedingt bedeuten muß, daß alle in der ersten Reihe stehen, aber zumindest im Eingangsbereich stehen, miteinander reden und sich überlegen, wie man die Bullen zumindest verzögern kann (z.B. Stühle innen vor der Tür stapelt) und gefährdeten Personen (Gesuchten oder Illegalen) die Flucht ermöglicht.
2. Der Thekendienst versuchte zwar die Tür abzusperren, teilte den BesucherInnen aber nicht mit, was draußen abging (ob Besoffene, Faschos oder Bullen vor der Tür stehen macht einen Unterschied). Er versuchte auch nicht, die BesucherInnen aufzufordern, sich zu verhalten und so blieb es undurchsichtig, wie dringend eine Unterstützung ist. Der Thekendienst hatte sichtlich mehr Informationen und mußte so auch ansatzweise über die Größe der vor der Tür stehenden Bullen informiert sein.

Vorfall Teil 2:

Ca. 10 min später brach eine erneute Panikwelle aus, verursacht durch den Thekendienst, der auf einmal anfing, die Tür abzuschließen und die Rolläden herunterzulassen. Es gingen Gerüchte um, die Bullen kämen zurück, nichts genaues war jedoch zu erfahren. 5 min. später wurde die Tür wieder aufgeschlossen, die Rolläden hochgelassen und weit und breit waren vor der Tür keine Bullen zu erkennen. Nach penetrantem Nachfragen konnte man erfahren, daß jemand auf der Gneisenaustr., in der Nähe des EX eine Wanne hatte stehen sehen. Während die Rolläden unten waren, hatten welche versucht, die BesucherInnen aufzufordern, sich gemeinsam zu überlegen, wie man vorgeht, was weder beim Thekendienst, noch bei den BesucherInnen auf Resonanz stieß. Auch daraus wieder 2 Kritiken:

1. An die BesucherInnen: Wenn es Gerüchte von Bullen gibt, liegt es an uns allen, sich etwas zu überlegen und nach einer Aufforderung spätestens sich zu verhalten oder irgendetwas zu tun.
2. An den Thekendienst: Ich halte es für absolut ungünstig, aufgrund von Gerüchten von nahenden Bullen panikartig das EX zuzumachen, wieder ohne ein Wort an die BesucherInnen zu richten. Die Folge war, daß danach sehr viele Leute das EX verließen und überhaupt nicht mehr als Unterstützung fungieren konnten.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich mache dem Thekendienst nicht den Vorwurf, sich scheiße verhalten zu haben. Es ist klar, daß in einer so großen Gruppe wie am Freitag nicht sofort die perfekte Lösung zu finden ist. Allerdings ist die Gruppe auch keine unerfahrene neue Kleingruppe und man kann von ihnen schon einen anderen Umgang erwarten. Am meisten erschreckt hat mich das Verhalten der BesucherInnen (einschließlich meines). Für mich machte die ganze Situation einen total gruseligen Eindruck und hat bei mir zur Folge, daß ich mich im EX nicht wirklich sicher fühlen kann. Wären es am Fr. Faschos gewesen, hätten sie das EX binnen kürzester Zeit auseinander genommen (ich hoffe nur, daß Faschos keine Interim lesen). Die Bullen sind jetzt über das EX gut informiert und werden sich in nächster Zeit mehr erlauben können (frech genug, daß sie sich angeblich wegen der Vergewaltigung ins EX trauen).

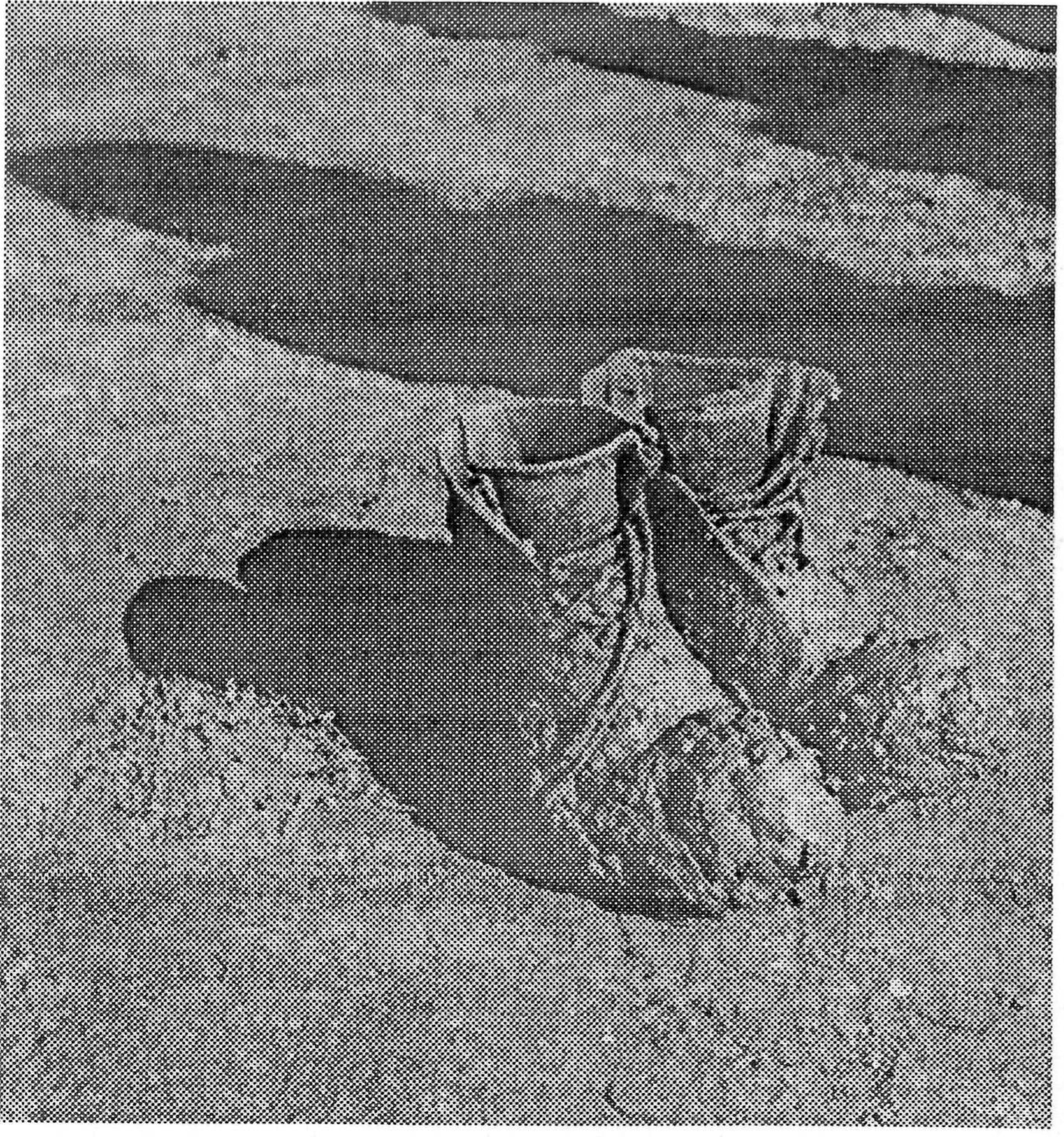
Ich schlage vor: daß es eine größere Diskussion dazu gibt, wie man sich im EX bei Bullenübergriffen verhält. Dies sollte zuerst im EX-Plenum und dann in einer öffentlichen Veranstaltung diskutiert wird.

EinE BesucherIn

Kein Podium - kein Publikum

Perspektiven internationaler Solidarität auf der Arbeitskonferenz „Befriedung oder Befreiung?" 1.-5.4.1999 in Berlin, Deutschland

Die internationale Krise der Linken und die Übermacht von Widrigkeiten sind 100 Mal beschrieben worden. Insbesondere in Deutschland hat die radikale Linke dies in den letzten Jahren mehr als genug getan. Kaum eine Zeitschrift der Linken, in der die Forderung zur „Aufarbeitung" nicht doch irgendwo finden ist, kaum ein längerer Diskussionstext, in dem, so er denn aus Sicht einer Praxis der Linken kommt, nicht mangelnde Handlungsfähigkeit und fehlende gesellschaftliche Wirkung thematisiert wird. Die Frage nach den politischen Gefangenen beantwortet sich in diesem Zusammenhang geradezu von selbst. Ein Blick in die Knäste reicht da eigentlich. Wer ist noch drinnen, und das wie lange unter welchen Verhältnissen, gibt es noch Unterstützung? Die Antwort darauf, und dies gilt im Besonderen für die deutschen Verhältnisse, genügt eigentlich. Sie ist zugleich auch scharfe Kritik an der radikalen Linken selbst.
Die Verantwortung für neue Perspektiven emanzipatorischer Politik und Praxis, sie wird gerade auch in Europa nicht selten losgelöst von einer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Linken und ihrer Widersprüche. Zu ihnen gehören die bewaffneten Rebellionen und Kämpfe im Süden wie in den westlichen Industriemetropolen gleichermaßen. Dies anzuerkennen, verlangt nicht eine unmittelbare und generelle Zustimmung zu allen Worten und Aktionen, aber es verlangt die historisch und aktuell eingeschlagenen Wege radikaler Aufbrüche als etwas anzuerkennen, was sie waren und sind: Befreiungsversuche der Vernunft aus der Brutalität und Unvernunft kapitalistischer Weltverhältnisse.
Ein alter Militanter der italienischen Roten Brigaden, *Tonio Paroli*, bemerkte dazu vor gut einem Jahr auf einem Treffen ehemaliger politischer Gefangener: „Als das Auto erfunden wurde, fuhr es zunächst langsamer als die Pferde liefen. Die Ingenieure sagten nicht: 'Also werden wir weiterhin mit der Kutsche fahren', sondern 'Folglich werden wir das Auto verbessern'. Vielleicht sind der Kommunismus und der Sozialismus in den letzten 70 Jahren diese schöne Erfindung gewesen, die jedoch viel langsamer als die Pferde vorwärts kam".



Politische Gefangene kommen aus den Kämpfen für diese „schöne Erfindung", die trotz aller lokaler Stärke weltweit in keiner Offensivposition ist. Die gesellschaftlichen und weltweiten Veränderungen der letzten Jahrzehnte sind offensichtlich. Keine Politik des emanzipatorischen Aufbruchs kann sie ernsthaft bezweifeln: Die alten Bezugssysteme internationaler Befreiungsstrategien sind nicht erst mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme sowjetischer Prägung nicht mehr brauchbar. Die

„Einkreisung der Städte durch die Dörfer" (Mao), die Eröffnung einer Front im „Herzen der Bestie" (Che) ist dort historisch gebrochen, wo der nunmehr global entfesselte Kapitalismus bei Verschärfung der sozialen und ökonomischen Widersprüche alte Unterschiede tendenziell einebnet und neue Abhängigkeiten schafft. Das schafft neue Bedingungen für alle, und es schafft letztlich auch bei allen Schwierigkeiten, Widersprüchen und scheinbar unüberwindbaren ideologischen „Antagonsmen" die Notwendigkeit des Gesprächs und der Verständigung. Zudem die Diskussion um Demokratie, um Menschenrechte, heute auch zugleich Diskurs der Herrschenden selbst ist.

Wie das auflösen, welcher Weg ist zu gehen?

Auf der Konferenz in Berlin zur Frage internationaler Solidarität mit den politischen Gefangenen wird es nicht um Kommunismus, nicht um bewaffneten Kampf gehen. Beide entscheiden sich nicht auf Konferenzen, sondern aus den gesellschaftlichen Zuständen und der erkannten Notwendigkeit ihrer Umwälzung. Und Solidarität mit politischen Gefangenen ist auch kein Ersatz für ansonsten fehlende Radikalität. Es ist einfacher. Sie ist letztlich schlicht und einfach Bedingung für eine Politik, die an anderen Werten, als an denen der Herrschenden orientiert ist. Diese Solidarität kann bei allen unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen keine nationalen Grenzen kennen.

Ausgangspunkt unserer Konferenz ist die zuerst die Lage politischer Gefangener, ihre Kämpfe und die Notwendigkeit ihrer Unterstützung. Ausgangspunkt ist auch, damit verbunden, der Kampf gegen die Straflosigkeit der Folterer und Mörder, der lange Kampf für die Rückkehr der Verschwundenen. Aber über die „Verschwundenen" und die politischen Gefangenen zu sprechen, heißt auch über die Gründe ihres Kampfes, über die Ursachen gesellschaftlicher Unterdrückung und wie aus ihr zu entkommen ist zu diskutieren.
Haft und Haftsituation bestimmen sich aus den Kräfteverhältnissen. Diese drücken sich heute zunehmend - Palästina, Nordirland, Baskenland, ... - in Dialogangeboten, Verhandlungen, „politischen Übergängen" und Friedensverträgen aus. Aber auch im offenen und verdeckten Krieg wie in Ländern wie Kolumbien, Nigeria, Mexiko oder Kurdistan/Türkei. Besonders ist die Lage der politischen Gefangenen in den „demokratischen Übergängen" nach den chilenischen und argentinischen, aber auch südkoreanischen oder philippinischen Militärdiktaturen. Wieder anders ist die Lage der verbliebenden politischen Gefangenen in den Industriemetropolen USA, Italien und der BRD nach dem vorläufigen Ende bewaffneter Fundamentalopposition.

Die Frage: Befriedung oder Befreiung? ist Ausgangspunkt dieses Versuchs, sich international über diese Entwicklungen zu verständigen. Gelingt das auch nur im ersten Ansatz, so kann dies unserer Meinung nach auch einen Beitrag leisten, die bittere Niederlage im Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen in der BRD in ihrem jüngsten Verlauf nicht nur als letztlich irgendwie dann doch speziell „deutsche" Tragödie zu begreifen.
Für uns ist es auch eine der Bedingungen, über eine Zukunft jenseits utopistischer Träumereien wieder anzufangen zu reden. Aber eine solche Zukunft gibt es nicht ohne Erinnerung. Und dazu gehört auch: Erinnerung daran, was über Jahrzehnte eine zentrale Linie im politischen Selbstverständnis einer Linken war: eine radikale, systemüberwindende Politik, sie ist allein aus den gesellschaftlichen Zuständen der weißen Industriemetropolen nicht brauchbar zu machen. Ihr Ausgangspunkt kann nur die Gesamtheit der weltweiten Widersprüche, der Kämpfe, Bewegungen, Rebellionen gegen den Kapitalismus selbst sein.



Ein so verstandene Diskussion, bei aller aktuell zwangsläufigen Offenheit, und hoffentlich ohne Nostalgie und ideologische Dogmen, begonnen in den unmittelbaren Notwendigkeiten der Solidarität und konkret: Gefangenenhilfe, ist kein taktischer Kniff, wird so auch keine Flucht aus der Tristesse deutscher Verhältnisse, sondern ist eine der Bedingungen um letztere zu verstehen und perspektivisch wieder in sie wirksam eingreifen zu können.
Denn ernsthaft: Die deutschen Zustände, „sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik ... Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft". (Marx). Die Gründe dafür stehen in der Zeitung, jeden Tag.

Gleichberechtigte Diskussionen

Die Konferenz ist international und öffentlich - aber mit Anmeldung.

Veranstaltung
im Rahmen der Int. Konferenz "Befriedung oder Befreiung"

Perspektiven internationaler Solidarität

Erfahrungen, Ergebnisse und Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit

Internationales Podium mit Aktivist/innen aus Basis- und Befreiungsprozessen, **Ausstellung und Konzert** internationaler Künstler/innen

5. April 1999, Mo., Beginn: 19 h, Einlaß: 18 h,
Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz, Eintritt 10 DM

Konferenzbüro: Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Veranstalter/innen sind die palästinensische Vereinigung für die Verteidigung der politischen Gefangenen Addameer, die baskischen Gestoras pro Amnistia, die Koordination der italienischen Mumia Abu Jamal-Solidaritätsgruppen sowie die Initiative Libertad! aus der BRD. Mitgearbeitet in der Vorbereitung haben der Kurdische Juristenverband und die verfolgten IHD-Menschenrechtsvereine aus Türkei und Kurdistan Eingeladen sind Solidaritätskomitees, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaftler/innen, Student/innen, Angehörige, ehemalige Gefangene... Menschen aus Basisgruppen und Befreiungsorganisationen.
In Berlin wird es um konkrete Einschätzungen und Möglichkeiten der direkten Zusammenarbeit auf internationaler Ebene gehen. Die Themen der Arbeitsgruppen versuchen verschiedene Aspekte staatlicher Unterdrückung und Bedingungen der Kämpfe und Bewegungen selbst zu fassen. Jede Arbeitsgruppe wird von einer deutschsprachigen und internationalen Vorbereitung geleitet. Zu Anfang wird der Tagesschwerpunkt erläutert und mittels Thesen und Fragen die gemeinsame Diskussion eröffnet.
Es gibt keine Referent/innen. Keine Vortrag-Nachfrage-Antwort-Struktur, sondern Thesen-Diskussion-Ergebnis. Kein Frontalunterricht, ein gleichberechtigter Arbeitsprozeß aller wird angestrebt. Eine Aufklärung deutscher Linker über die internationalen Zustände und Bewegungen ist nicht geplant. Das Berliner Treffen soll zudem auch Raum und Möglichkeiten für Teilnehmer/innen aus dem Süden bieten, in einen direkten Dialog miteinander zu treten. Und wo es kein Podium gibt, kann es auch kein Publikum geben, sondern nur die Aufforderung sich einzumischen, eigene Vorstellungen und Positionen in die Diskussion zu bringen. In diesem Sinne sind alle aufgerufen Ostern nach Berlin zu kommen - und sich vorher wenn irgend möglich anzumelden. Nicht nur weil die Plätze begrenzt sind, sondern weil auch jede frühe Anmeldung mithilft die Flüge für die internationalen Teilnehmer/innen zu sichern. Fördermittel von Stiftungen gibt es zuwenig, von öffentlichen Geldern wollen wir gar nicht erst. Das meisten bringen wir selbst mittels Spendenkampagnen und Eigenmittel auf.

Die Arbeitsgruppen

AG 1:
Politisches Recht und seine Verteidigung: Die Arbeit von Anwält/innen, Anti-Repressionkomitees, Rechtshilfegruppen und Prozeßbeobachter/innen
Verteidigung von Gefangenen, Verfolgten und Flüchtlingen gegen die offene militärische Willkürherrschaft und die verrechtliche Sondergesetzgebung westlicher Demokratien?

AG 2:
Verhaftet, verschleppt und „verschwunden": Angehörige und FreundInnen von politischen Gefangenen und „Verschwundenen" im Kampf um Schutz und Aufklärung
Welche Erfahrungen haben Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener gemacht? Wie ist ihr politisches Selbstverständnis, wie ihre Beziehung zu den politischen Zielen und Beweggründen ihrer Familienangehörigen?

AG 3:
Frauen und Knast: Frauen im Kampf um Würde und Selbstbestimmung Patriarchale Herrschaftsmechanismen und geschlechtsspezifische Gefängnisrepression
Mit Ausnahme weniger Organisationen und Bewegungen bilden Frauen die Minderheit unter politischen Gefangenen. Frauen unterliegen im Gefängnis besonders entwürdigender geschlechtsspezifischer Repression und Folter. Was sind die Erfahrungen feministischer Bewegungen und Frauengruppen mit gefangenen Frauen als Mitglieder politischer Organisationen?

AG 4:
Menschenwürde, Widerstand und Organisierung in der Gefangenenschaft: Erfahrungen und Konsequenzen aus dem Kampf um politische Selbstorganisation im Gefängnis.
Widerstand endet nicht hinter Gefängnismauern. Wie organisierten sich politische Gefangene im Knast unter den unterschiedlichsten Bedingungen. Welche Erfahrungen können sie weitergeben?

AG 5:
Staatliche Repression und Wider-

Veranstaltung
im Rahmen der Int. Konferenz "Befriedung oder Befreiung"

Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Menschenrechte und politische Gefangene in Demokratisierungs- und Friedensprozessen

Internationales Podium mit Aktivist/innen aus Kolumbien, Nord-Irland, Chile und Palästina

2. April 1999, Fr., Beginn: 20 h, Einlaß: 19 h,
Humboldt-Universität, Kinosaal,
Unter den Linden 6, Spendenbeitrag 10 DM

Konferenzbüro: Yorckstr. 59, 10965 Berlin

stand von unten: Basisorganisationen und soziale Bewegungen im Kampf um politische Rechte und gegen staatliche Verfolgung
Staatliche Repression umfaßt mehr als Gefangenenschaft. Sie tritt sozialen und politischen Bewegungen in vielfältigster Form gegenüber. Die Gegenwehr der Mitglieder von Basisorganisationen, Menschenrechts- und Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschafts- und StudentInnenorganisationen.

AG 6:
Der Kampf um die Solidarität: Selbstverständnis von Solidaritätsorganisationen und Unterstützungskomitees für politische Gefangene und Verfolgte.
Solidaritätsarbeit ist nicht frei von inneren Widersprüchen. Verlangt politische Solidarität die Zustimmung zu allen Worten und Taten derer, die unterstützt werden? Was kann „internationale Solidarität“ heute leisten?

Ein Aufruf zur Mithilfe

Für das weltweite Treffen für die Freiheit politischer Gefangener in Berlin (1.-5.4.1999)

Unterstützt die Kampagne 1000x100

1000 Menschen geben jeweils 100 DM. Als Zeichen der Solidarität, der Sympathie und Unterstützung

Libertad!, Konto: 10215811, Ökobank (BLZ 50090100)

Die öffentlichen Veranstaltungen

„Ohne Gerechtigkeit kein Frieden - Menschenrechte und politische Gefangene in Demokratisierungs- und Friedensprozessen“

Vor „politischen Lösungen“, in Friedensgesprächen, bei „demokratischen Übergängen“ und nach erfolgten Abkommen
VertreterInnen der FARC (Kolumbien), Herri Batasuna (Baskenland) und der PFLP (Palästina) über Erwartungen an und Erfahrungen aus politischen Verhandlungen

2.4.1999, 20 h, Humboldt-Universität Berlin, Kinosaal, Unter den Linden 6
Spendenbeitrag: 10 DM

Abschlußveranstaltung & Konzert: Perspektiven internationaler Solidarität - Erfahrungen, Ergebnisse und Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit“

„Internationalismus und Solidarität“ - Begriffe aus der Vergangenheit oder mögliche Optionen neuer emanzipatorischer Aufbrüche? Konferenzbilanz und Ausblicke für eine zukünftige Zusammenarbeit:
Gestoras pro Amnestia (Baskenland), IHD-Menschenrechtsvereine (Türkei/ Kurdistan), Initiative Libertad (Deutschland), MOSOP (Movement for the Survival of Ogoni People, Nigeria), MST-Movimento Sem Terra (Landlosenbewegung Brasilien)
Musik: Beser Sahin (Kurdistan, angefragt), Esther & Edna Bejarano - Coincidence
Montag, 5.4.99: ab 19. h, Volksbühne Berlin, Rosa Luxemburg Platz
Spendenbeitrag: 10 DM

Der Ort: Die Konferenz findet statt:

Alte Feuerwache
Tagungshaus
Axel-Springer-Str. 40/41
10969 Berlin - Kreuzberg

Bisher teilten ihre Teilnahme u.a. mit (Stand 10.3.99):
Algerien: Mohand S. Meziane, Rechtsanwalt - Argentinien: Vertreterin der Tablada-Gefangenen, Comision Argentina por la libertad de los presos - Baskenland: Gestoras Pro Amnestia, Herri Batasuna, Brasilien:MST-Landlosenbewegung - Chile: ODEP (Organización de Defensa Popular), CINTRAS - Dänemark: Autonomi Kollektivet - Deutschland: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen - ehemalige Gefangene aus der RAF - Guatemala: Vertreter der URNG - Iran: ehemalige Gefangener verschiedenster linker Organisationen - Irland: SAOIRSE, POW-Department (Sinn Fein) Angehörige von politischen Gefangenen - Italien: Coordinamento Mumia Abu-Jamal - Kamerun: The Human Rights Defence Group - Kolumbien: Vertreter der FARC und des Comité nacional de Derechos Humanos - Mexiko: Vertreter der OCSS-Bauernorganisation, Nigeria: MOSOP (Movement of the Survival of the Ogoni People) - Österreich: Kampagne z. Verteidigung pol. u. soz. Rechte - Palästina: Addameer Prisoner's Support and Human Rights Association -Jerusalem, Vertreter der PFLP - Peru: Casa Andina Solidaridad (Santiago de Chile) - Puerto Rico: Comité pro derechos humanos de Puerto Rico - Schweden: ASH/ABC - Spanischer Staat: Plataforma Unitat Acció (PUA) Katalonien - Südafrika: Ex-"Robben Island"-prisoners - Südkorea: Human rights movement Seoul, Korean Institute for Labour Studies and Policies (KILSP) Türkei: Vertreter der IHD-Menschenrechtsvereine, Mazlum-Der, Halkin Hukuk Bürosu - Uruguay: ehemalige gefangene Frauen der MLN-Tupamaros - USA: Roger Wareham Asociacion internacional contra la tortura, International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal - Westsahara: Vertreterinnen der Frauenunion der Polisario.

Konferenzbüro
Yorckstraße 59, 10965 Berlin, Tel: 030-78899901, Fax: 030-78899902
Email: konferenz@libertad.de

Gesamtanmeldungskosten (incl. öffentliche Veranstaltungen und 4 warme Mittagessen):
normaler Beitrag: 120 DM, Solidaritätsbeitrag auf die realen Gesamtkosten umgerechnet: 250 DM, Arbeitslose/Sozialhilfeempfänger/innen, Schüler/innen: 90 DM)

Stellungnahme der Antifaschistischen Aktion Berlin zum Vergewaltigungsvorwurf gegen einen Mann aus der Friedrichshainer Szene

Durch die in der Szene verteilten Flugblätter erfuhren wir, daß es gegen einen Mann aus der Friedrichshainer Szene ein Vergewaltigungsvorwurf gibt.
Da er auf dem Flugblatt der AAB zugerechnet wird, erklären wir hiermit, daß der Mann nicht Mitglied unserer Gruppe ist, wobei wir uns generell nicht zu Mitgliedschaften von Personen linksradikaler Gruppen äußern.
Desweiteren unterstützen wir die Forderungen der Frau, daß sich der Mann im potentiellen Umfeld der Frau nicht blicken zu lassen hat und bei zufälligen Begegnungen zu gehen hat.

Der AAB wird im Zusammenhang mit dem Vergewaltigungsvorwurf gegen den Mann Täterschutz vorgeworfen. Aufgrund dessen erläutern wir unsere allgemeine Vorgehensweise: auf einer Vollversammlung wird der vorhandene Informationsstand zusammengetragen. Die Stellungnahme der Frau ist dabei Grundlage. Im Anschluß trennt sich die VV in Männer- und Frauenplena. Die Diskussionsergebnisse werden wieder auf einer Gesamt-VV zusammentragen. Bei der Entscheidung über den Umgang und die Konsequenzen gilt das Votum der Frauen-VV. Diese Verfahrensweise ist in unserem Grundsatzpapier festgelet. Die Forderung, keine Diskussion über einen Vergewaltigungsvorwurf zu führen, ist für uns nicht tragbar. Der Ansatz unserer politischen Arbeit, einer offenen Gruppe, in der aktive Jugendarbeit eine zentrale Rolle spielt, beinhaltet auch die Bereitschaft und Notwendigkeit, linke Positionen immer wieder zu diskutieren, zu erklären und zu vermitteln.

Antifaschistische Aktion
Berlin, März 1999

ERKLÄRUNG ZUR KONTINUITÄT VON TÄTERSCHUTZ IN DER AABO

Im Februar 1999 wurde in Berlin eine Vergewaltigung durch Florian Jürgensen, ein aktives Mitglied der Antifaschistischen Aktion Berlin, öffentlich gemacht. Die daraufhin durch die AAB einberufene Vollversammlung, die den „Wahrheitsgehalt" des Vorwurfs, durch eine Anhörung beider Seiten, d.h. auch eine Stellungnahme des Vergewaltigers, kam nach 3 ½ Stunden zu keinerlei Ergebnis. Eine Gruppe von FrauenLesben, die auf der VV ihren Protest gegen diese Vorgehensweise bekunden wollte wurde darauf hingewiesen, daß es das erste Mal sei, daß die AAB sich mit Sexismus und Vergewaltigung auseinandersetzen müsse und daß sie erst einmal generell diskutieren müßten und die Entscheidung über einen eventuellen Rausschmiß nicht so wichtig sei, da er ja gerade eh nirgendwo auftaucht.
Dieses Verhalten ist kein Einzelfall, es hat innerhalb von Gruppen der Antifaschistischen Aktion Bundesweite Organisation, wie der AAB, Kontinuität!
Uns sind 3 Veröffentlichungen aus der Antifa M, eine aus der Nürnberger Antifagruppe und zwei aus Hamburg bekannt. In allen Fällen wurde, wie in einem bürgerlichen Gerichtsverfahren versucht, die „Wahrheit" herauszufinden. Keine der Gruppen hat die Definitionsmacht als Tatsache anerkannt. Es wurde immer die Möglichkeit, daß die Frau aus Rache oder anderen Gründen lügt oder, daß sie durch „Mißbrauchserfahrungen übersensibel" ist, herangezogen.
Daraus folgte, daß die „Beweislast" bei der Frau lag und sich die Gruppe bei „Mangel an Beweisen" sich im Zweifel für den „Angeklagten"/Täter entschied, sich mit ihm solidarisierte und ihm den Rücken stärkte.
So hat die Antifa M sich in einem Fall gegen den Rausschmiß, für eine Auseinandersetzung mit dem Vergewaltiger innerhalb der Gruppe entschieden. Die Gruppe in Hamburg ging sogar soweit den Typen nach 3 Jahren wieder im Nahmen der Gruppe auf einer Veranstaltung, wo klar war, daß die Frau auch da sein wird, auf dem Podium reden zu lassen.
In allen Stellungnahmen der betreffenden BO-Gruppen war ihr einziges Anliegen sich und den Täter zu schützen!
Dieses Scheißverhalten steht in krassem Widerspruch zu ihrem angeblichen „anpatriachalen Anspruch" und ihren Selbstdarstellungen in ihren Broschüren (siehe die 4 Seiten der 72-seitigen AAB-Broschüre „Das Konzept Antifa" über den antipatriachalen Kampf).
Dies zeigt, daß die AAB, die Antifa M und die anderen betroffenen Gruppen nicht bereit sind sich in ihrer Praxis mit Sexismus und Vergewaltigungen auseinanderzusetzen.
Innerhalb einer patriachalen Gesellschaft ist es eine Illusion zu glauben, daß man Dinge die jahrelang in den privaten Bereich abgeschoben wurden, öffentlich herrschaftsfrei diskutieren kann.
Ein Tribunal, wie es sich die AAB und andere BO-Gruppen vorstellen, wird immer zu einem Seelenstriptease für die Frau und zu ihrem Nachteil sein, während der Typ ungeschoren davon kommt. Auch in linken Zusammenhängen !!!!
Diese Häufung von öffentlich gemachten Vergewaltigungen und dem danach folgenden beschissenen Verhalten in der AABO ist für uns allerdings nicht verwunderlich, da sich gerade diese Gruppen durch mackerhaftes Auftreten und ihren auffallend heroischen männlichen Gewaltfetisch auszeichnen.
Quotierungen setzen noch keine Auseinandersetzung voraus!

Die Frau hat die Definitionsmacht!!!
Sie entscheidet, was mit dem Vergewaltiger passiert!!!!
Vergewaltiger lebenslänglich raus aus linken Zusammenhängen!!!!
Antipat heißt Angriff!!!
Boykottiert die AABO!!!!

Berliner FrauenLesbenbündnis

Zur Erklärung des "Berliner FrauenLesbenbündnis"

Ratschlag an die AAB

Wir, ein linksradikaler, feministischer Diskussionszusammenhang von militanten FrauenLesben, mit Einblick in die Strukturen der AAB fühlen uns verpflichtet, in der momentanen Diskussion um den Umgang mit Vergewaltigern bzw. den Umgang mit der Thematik einige Anmerkungen zu machen. Veranlasst dazu hat uns letztendlich die bundesweit verschickte und verteilte "Erklärung zur Kontinuität von Tätertschutz in der AABO" unterzeichnet von einem in altautonomer Manier nicht näher zuzuordnenden, aber für FrauenLesben Alleinvertretungsanspruch suggerierenden "Berliner FrauenLesbenbündnis".
Die Verfasserinnen haben in verantwortungsloser Weise Falschdarstellungen aneinandergereiht und scheinen statt den Ernst und die Tragweite des Themas zu würdigen, den Vorfall für eine politische Schlammschlacht nutzen zu wollen.
Konkret:
Die AAB hat nach dem Outing eines Vergewaltigers, der sich in ihren Zusammenhängen aufgehalten haben soll, eine VV einberufen. Auf Antrag der Frauen trennte sich diese VV in eine Frauen und Männer-VV, wobei die Frauen- VV die alleinige Entscheidungsmacht hat (diese Vorgehensweise gilt nach unseren Informationen in der AAB seit ihrem Bestehen). Eine Gruppe vermummter Frauen stürmte diese VV und bezichtigte die AAB des Täterschutzes, mit der Begründung allein ein Treffen, das sich den Vergewaltigungsfall zum Thema mache, sei aktiver Täterschutz. Die Rede ist jetzt von "Tribunal", "Prüfung des Wahrheitsgehalts auf der VV", "Zwang von Seelenstriptease für die Frau", "Nichtanerkennung der Definitionsmacht der Frau" bei der AAB. Tatsache ist aber, und das kann bei der AAB auch nachgefragt werden, daß die Frauen- und Männer-VV der AAB, die Definitionsmacht der Frau anerkennt, der Rausschmiss der geouteten Person beschlossen wurde, die Diskussionen sich aber sehr wohl um Fehler im sozialen und politischen Alltag in der Gruppe, sowie um Maßnahmen für eine weitere Sensibilisierung zum Thema drehte.
Ausgehend von der ersten Falschbehauptung zur AAB in diesem Papier wird nun der Brückenschlag zu anderen BO-Gruppen versucht. Unter vorsätzlicher Verkürzung der Fakten wird nun behauptet, die Antifa (M) hätte sich für den Verbleib eines Vergewaltigers in der Gruppe entschieden.
Tatsache ist - und jede, die den Fall kennt, weiß es - daß die Genossinnen der Antifa(M), nach einem ersten, katastrophalen Papier, dann doch den Rausschmiß der betreffenden Person beschlossen hat. In einer zweiten, ausführlichen Stellungnahme werden die Herangehensweise der Gruppe zu diesem Fall, sowie der Rausschmiß des Mannes erklärt.
Der in der Erklärung als weiteres Beispiel erwähnte Vorfall in Hamburg, so beschissen wir ihn finden, spielte sich zu einer Zeit ab, als es noch gar keine Hamburger Antifa-Gruppe in der AA/BO gab. Warum muß frau die Unfähigkeit einer ganzen linksradikalen Szene auf die AA/BO projezieren? Wir ersparen uns hier weitere Kommentare.
Seit teilweise mehr als 15 Jahren führen wir einen antipatriarchalen Kampf, haben viele Auseinandersetzungen auf der Straße und in politischen Gruppen, aber gerade auch im engsten sozialen Umfeld geführt. Wir wollen uns bis heute nicht in gemischten Zusammenhängen organisieren, haben aus wohlüberlegten Gründen die Kleingruppe als politisches Mittel gewählt. Und uns ist klar, daß der erkämpfte Status quo auch in der radikalen Linken für uns Frauen, nur im täglichen Kampf gegen eine patriarchal geprägte Gesellschaft erhalten bzw. ausgebaut werden kann. Dazu gehört immer wieder die Analyse der bestehenden Verhältnisse, mit größter Genauigkeit und Differenzierung, gerade wenn es um die Umgangsweise zwischen Genossinnen geht.
Und jetzt ein bißchen polemischer:
Wir scheißen auch weiterhin auf die gönnerhaften Verlautbarungen von "Anti-Pat"-ambitionierten Männern (Hallo venceremos), die sich auf der politischen Bühne in selbstgeißelnder Manier zum Freund der Frauen peitschen (zu oft haben wir auf längere Sicht die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis von Genossen erleben müssen). Es geht nicht darum, Feministinnen nach dem Mund zu reden (schließlich bewegt Mann sich ja in diesem Milieu), noch weniger um das Beweinen der eigenen Verstricktheit im Patriarchat durch die sexistische Zurichtung (der Typ zeigt, daß er sich mit dem Thema auseinandersetzt). Wir messen den Kampf gegen patriarchale Zustände an konkreter Praxis. Und die ist Mangelware!
Strukturelle patriarchale Unterdrückung muß selbstverständlich auch mit strukturellen Maßnahme begegnet werden. Wer beispielsweise behauptet, Quotierungen wären kein Mittel um Veränderungen vorwärts zu bringen, hat vieles noch nicht verstanden.
Wir müssen feststellen, daß die Gruppen in der BO einen für die Antifa ungewöhnlich, erstaunlich hohen Frauenanteil haben. Von Frauen aus diesen Zusammenhängen wissen wir, daß hier die von Frauen durchgesetzten strukturellen Sicherheiten eine entscheidende Rolle spielen. (Männer von venceremos, habt ihr euch darüber schon mal Gedanken gemacht?) Oder glaubt ihr wirklich, daß es am angeblich "auffallend heroischen männlichen Gewaltfetisch" der BO liegt? (Militant = Mann, oder was?)
Eigentlich wollten wir mit diesem Papier auch in keine Diskussion über Kritik an der AA/BO einsteigen (bei aller Notwendigkeit). Uns geht es vielmehr um einen Diskussionsstil, um Methoden, die über das Maß polemischer Kritik hinaus gehen, im konkreten Fall um Diffamierung und Zerstörung jeder vernünftigen Auseinandersetzung unter Genossinnen. Wir haben versucht unsere Erfahrungen in ähnlichen Auseinandersetzungen auszuwerten, und lange darüber nachgedacht und diskutiert, in welcher Form hier interveniert werden kann.
Beim intellektuellen und analytischen Niveau des uns vorliegenden Papiers, und der offensichtlich beabsichtigten Verdrehung und Falschdarstellung von Fakten, nach dem Motto, irgendwas bleibt schon hängen, scheint es den Verfasserinnen nicht um eine fundierte Auseinandersetzung zu gehen. Und da zur Schlammschlacht immer zwei gehören (und von Schlammschlachten profitieren nur Bullen, werden linke Zusammenhänge zerrieben, und schließlich betroffen Frauen geschädigt) raten wir den Genossinnen in der AAB davon ab, zu versuchen, auf dieses Papier konstruktiv zu reagieren. Es ist sinnlos.

Etwas frustriert
Revolutionäre Feministinnen aus Berlin

Anti-EU-/ WWG-Info

Universitätsstraße 16
50937 Köln

Tel: (0221) 470-2992
Fax: (0221) 470-5071

Nr. 7
März '99

Einladung

Am **Samstag, den 27.** März findet ab **11.00 Uhr** im „Unikum" (AStA Uni Köln), **Universitätsstr. 16a, 50937 Köln** das **siebte bundesweite Vorbereitungstreffen** linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen **gegen den EU- und gegen den Weltwirtschaftsgipfel Juni 99 in Köln** statt.

Vorschlag für eine Tagesordnung

Berichte:
- Zwischen-Gipfel Berlin
- Bericht von den Vorgängen im Antoniterkirchenbündnis

Demonstration 3.6.:
- Bericht der Demo-AG
- Festlegung der Route
- Motto/Redebeiträge
- Plakat

Kongreß
- Bericht der Kongreß-AG/Vorbereitungsstand
- „Scharnier"-Veranstaltung
- Linksradikaler Block am 29.5. ff

„Rund um den WWG"
- Demonstration am 19.6.
- Weitere Aktivitäten (ICC, Camps)

Finanzen

Resolution des Plenums des Linksradikalen bundesweiten Bündnis gegen EU- und WWG

vom 28. Februar '99:

„Die BRD ist auf vielfältige Weise mitverantwortlich für die Zustände in der Türkei und für die Unterdrückung der Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan. Die BRD und andere europäische Staaten sind durch die Verweigerung des politischen Asyls für Abdullah Öcalan auch mitverantwortlich für dessen Entführung in die Türkische Republik.
Die Demonstrationen und Aktionen der kurdischen Menschen in der BRD in den letzten Wochen sind legitime Meinungsäußerungen – die Gewalt der Polizei und die Hetze der Presse gegen „die Kurden" sind politisch Repression und Rassismus.

- Freiheit für Abdullah Öcalan! Rettet sein Leben.
- Solidarität mit den Menschen in Kurdistan. Freiheit für die politischen Gefangenen in der Türkischen Republik!
- Aufhebung des PKK-Verbots und des Verbots kurdischer Vereine in der BRD!
- Ende der militärischen und ökonomischen Unterstützung der Türkischen Republik durch die BRD!
- Keine Einschränkung des Demonstrationsrechts für kurdische Menschen! Freilassung der festgenommenen DemonstantInnen! Einstellung aller Strafverfahren!
- Keine Abschiebung in die Türkische Republik, unter keinen Umständen!"

Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln c/o *Antifaschismusreferat* im AStA der Universität Köln
Universitätsstraße 16, 50937 Köln, Tel: (0221) 470-2992, Fax: (0221) 470-5071

Protokoll des 6. bundesweiten linksradikalen Anti-EU-/und Weltwirtschaftsgipfel-Vorbereitungstreffens vom 27./28. Februar 1999 in Köln

Anwesende: Es nahmen u. a. VertreterInnen von folgenden Gruppen teil (insgesamt ca. 70 Personen): Internationalismusreferat AStA FU Berlin, Anti-MAI-Initiative Berlin/Anti-Gipfel-Bündnis Berlin, Rote Hilfe (Hamburg), Redaktion ANALYSE&KRITIK (Hamburg), Perspektive (Bremen), Para Todos Todo (Göttingen), Infoladen „Anschlag" (Bielefeld), AK Internationalismus (Bielefeld), Ökologische Linke (Ahaus), Euromarsch Münster, Roter Montag (Duisburg), Rote Aktion (Duisburg), LINK (Oberhausen), Anti-Gipfel-AG (Gelsenkirchen), JungdemokratInnen/Junge Linke (Bochum), JungdemokratInnen/Junge Linke Landesverband NRW (Wuppertal), Antifa-KoK Düsseldorf, AStA PH Köln, Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln, Infoladen/MaV-99 (Köln), Antifaschismusreferat AStA Uni Köln & Internationalismusreferat AStA Uni Köln, Anti-Euthanasiegruppe Köln, Alternative Liste Uni Köln, Radikale Linke Köln, Euromarsch Köln, AntiGEN Köln, Ökologische Linke Köln, EA Köln, FSR Sozialarbeit FH Köln, AStA FH Köln, Rotes Büro (Aachen), „Play fair Europe"/AStA RWTH Aachen, NULLNUMMER/Außerparlamentarische Linke/ALB, Bonn, Antifa Rhein/Koblenz, AStA GHS Kassel/Internationalismusreferat, Antifa Marburg, Libertad! (Frankfurt), SDAJ Mannheim, Antifa Augsburg, BUKO (Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft), FZS, Ökologische Linke – BundessprecherInnenrat, Rote Hilfe – Bundesvorstand, SDAJ – Bundesvorstand, „Peoples Global Action" (PGA), Einzelpersonen aus Trier, Saarbrücken und München, 3 Angestellte des Kampagnenbüros des „Bündnis Köln 99" (MaV-99, FZS).

Beginn: Samstag, 13.15 Uhr

Formalia

Der verschickte TO-Vorschlag für den Samstag wurde ergänzt um die Punkte „Bildung eines Koordinationsausschusses" und „Kurdistan". Es wurde angemerkt, daß in Protokollen keine Namen von Einzelpersonen erwähnt werden sollen.

Aufruf des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und WWG

Es wurde von den EinladerInnen darauf hingewiesen, daß das jetzige Treffen auf ausdrücklichen Wunsch des letzten bundesweiten Plenums ausnahmsweise zweitägig angesetzt worden ist, um eine sorgfältige und abschließende Diskussion über einen handhabbaren „Kurzaufruf" des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und WWG zu ermöglichen. Als Grundlage der Diskussion war der „Diskussionsaufruf" vom 19.12. (siehe Anti-Gipfel-Info Nr. 6) in höherer Auflage verbreitet worden.
Mit dem heutigen Treffen solle ein fast dreivierteljähriger Diskussionsprozeß zu einem vorläufigen Abschluß geführt werden, da die Kampagne gegen die Gipfel auch als Verständigungs- und Auseinandersetzungsprozeß innerhalb des linksradikalen Spektrums konzipiert worden ist.
Dagegen sprachen MaV-99, die keinen Sinn in der Erstellung einer solchen politischen Stellungnahme sehen und Leute aus der Kurdistan-Solidarität, die nur einen kurzen, „bevölkerungsverständlichen" Text für sinnvoll hielten.

Das Linksradikale Anti-EU-/WWG-Plenum Köln legte zur Bündelung der Debatte einen Aufrufentwurf im Umfang von 4 Seiten Text vor, der in Köln auf Basis des veröffentlichten Diskussionsaufrufes der Redaktionsgruppe des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und WWG erstellt worden war (siehe Anti-Gipfel-Info Nr. 6). Die Versammlung machte diesen Versuch zur Grundlage der weiteren Diskussion. Nach einer Lesepause wurde der Text im ersten, grundsätzlichen Durchgang als geeignet angesehen. Im zweiten Durchgang wurden verschiedene Punkte der Einzelkritik benannt (u. a. genauere Bestimmung der BRD-Kapitalstrategie im Verhältnis zur internationalen Krisenlösungsstrategie der <westeuropäischen> Bourgeoisie; die Möglichkeit des Widerstands und daß die Linke handeln, kämpfen will/kann, sollten stärker betont werden). Die Umsetzung der Ergebnisse der Diskussion wurde an eine AG delegiert, die für den Sonntag eine überarbeitete Fassung vorlegen sollte.

(Diese AG tagte Samstag Abend unter Beteiligung von ca. 12 Personen und legte dem Plenum am Sonntag eine bis auf einen Punkt konsensuale Fassung vor.)

Nach einer Pause stellten einige Personen fest, daß sich inzwischen ein Mensch aus neuheidnisch-rechten Zirkeln auf der Tagung eingefunden hatte, der sich seinerzeit bereits auf der Anti-MAI-Konferenz in Bonn mit Rechten solidarisiert hatte, die aus der Konferenz herausgeworfen worden waren. Er wurde ebenfalls der Konferenz verwiesen.

Kurdistan

Die Repression gegen KurdInnen in der BRD und der Generalangriff des türkischen Staates auf die PKK nach der Entführung von Öcalan haben auch in der BRD zu einem massiven Konflikt geführt, zu dem erschossene DemonstrantInnen und eine klassische Medienhetze gehören. Welche Fragen ergeben sich daraus für das Linksradikale bundesweite Bündnis gegen EU- und WWG

- aktuell: Stellungnahme zu den Vorgängen, Bestimmung des Verhältnisses zu den Aktionen der kurdischen Opposition
- und für die Gegenplanungen für die Gipfel: z. B. Demo- und Kongreßbeteiligung?

Zudem muß berücksichtigt werden, daß seitens der Bullen bereits angekündigt worden ist, daß sie ihr Überwachungs- und Repressionskonzept während der Gipfel darauf einstellen werden, daß es (z. B. aufgrund einer Zuspitzung im zu erwartenden Tribunal gegen Öcalan) zu massiven Protestaktionen kommen könnte.
Nach einigen Städteberichten und einer kontroversen Diskussion über einen zur Kenntnis gegebenen Flugblattext der Infostelle Kurdistan, Gruppe *kein friede* (Frankfurt) und anderen (siehe Anlage) wurden die Eckpunkte für eine eigenständige Erklärung des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und WWG festgehalten, die am darauffolgenden Tag schriftlich vorgelegt und abgestimmt werden sollten.

(Dies geschah auch am Sonntag; den Text der Resolution findet ihr in diesem Info. Die Verbreitung wurde von Perspektive Bremen übernommen).

Bildung eines Arbeitsausschusses

Um das bis zum Juni ständig ansteigende Arbeitsvolumen zu bewältigen, wurde vorgeschlagen, einen Arbeitsausschuß (AA) des Plenums zu bilden. Aufgabenbereiche wären:

- Organsatorisches/Finanzen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Planung und Bündelung der verschiedenen Aktivitäten und AGs (Demo, Kongreß etc.)
- Auseinandersetzung mit anderen Gruppen und Bündnissen
- Einladung zu Treffen/Binnenkommunikation.

Das Kölner Antifa-Referat, das bisher fast alle organisatorische Arbeit geleistet hat, befürwortete ausdrücklich die Einrichtung eines solchen Gremiums.

Der AA besteht aus den Delegierten all derjenigen Gruppen, die sich dem Linksradikalen bundesweiten Bündnis gegen EU- und WWG zurechnen und die auf Basis der beschlossenen Inhalte arbeiten wollen. Der AA soll so oft wie nötig tagen, kollektiv arbeiten und wo nötig im Konsens entscheiden.

Ihre verbindliche Mitarbeit kündigten an: Antifa-KoK Düsseldorf, AK Internationalismus Bielefeld, Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln, Perspektive Bremen, „Berliner Bündnis" gegen die Gipfel, Ökologische Linke

Ende Samstag: ca. 19.30 Uhr
Fortsetzung Sonntag: ca. 10.30 Uhr

Anti-EU-Kongreß

1. Überblick über den Vorbereitungsstand der Foren:

Der Gegenkongreß beginnt Konturen zu gewinnen, u. a. durch die Arbeit der Kongreß-AG und durch die verbindliche Vorbereitung einiger Foren durch verschiedene Gruppen/Organisationen. Der derzeitige Stand der Foren

- *Ökonomie:* Es liegt inzwischen ein Konzeptpapier für das Forum vor (Perspektive Bremen, AK Internationalismus Bielefeld), siehe Anti-Gipfel-Info Nr. 6.
- *Rassismus/Antirassismus:* „Kein Mensch ist illegal" wird sich aufgrund von immenser Arbeitsüberlastung nicht an Aktivitäten wie dem Kongreß beteiligen können. Es wird von Antifa-KoK, Menschen aus München und dem Roten Büro Aachen (Kontakt zum Vorbereitungsplenum für die Demo gegen den Abschiebeknast Neuss) eruriert, ob es Personen gibt, die ein Forum vorbereiten würden. Ansonsten steht dieses Forum auf der Kippe (Zusammenlegung mit anderem Forum?).
- *EU-Imperialismus/Kolonialismus:* Perspektive Bremen und AK Internationalismus werden bis zum Kongreß-AG-Treffen einen schriftlichen Vorschlag vorlegen.
- *Antifaschismus:* Die AA/BO hat sich inzwischen anderweitig festgelegt. Sie will einen Block auf der Euromarsch-Demo bilden und anschließend ihr angekündigtes Beratungstreffen von AntifaschistInnen aus Europa eigenständig durchführen, beteiligt sich also nicht am Anti-EU-Kongreß. Am Forum und Kongreß interessierte Menschen aus dem Umfeld des „Bündnis gegen Rechts" (Leipzig) sind aufgrund von gleichzeitig laufenden Antifa-Aktionen nicht anwesend, haben aber eine verbindliche Mitarbeit signalisiert. Eine Anfrage von SEARCHLIGHT (GB) liegt vor. Das Antifaschismusreferat des AStA erklärt sich bereit, bis zum Treffen der Kongreß-AG die Sachlage zu klären.
- *Repression/Konterrevolution:* Seitens der Rote Hilfe gibt es eine verbindliche Vorbereitung; ein AG-Treffen hat stattgefunden. Bezüglich der einzuladenden ReferentInnen gibt es bereits konkrete Vorschläge.
- *Ökologie/Neue Technologien:* Das Ökoreferat des AStA Uni Köln bereitet das Thema Ökoimperialismus/Kritik der „Nachhaltigkeit" vor (siehe Papier im Anti-Gipfel-Info Nr. 6). Die Kölner Anti-Gentech-Initiative bereitet dem Themenkomplex Agrobusiness, Gentechnik, Patentierung etc. vor. Offen ist im Bereich „Neue Technologien" der Punkt „I&K-Technik". Bis zum nächsten Kongreß-AG-Treffen wird ein Konzeptpapier in Aussicht gestellt.
- *Patriarchat/Bevölkerungspolitik, Sexismus:* Die Anti-Euthanasiegruppe Köln und das Biopolitik-Referat des AStA sitzen an der Vorbereitung. Anfang Mai wird eine Veranstaltungswoche stattfinden, in der einige der für das Forum vorgesehenen Themen vordiskutiert werden. Bisher gibt es Vorbereitungen (und ReferentInnenanfragen) zu „Bioethik-Konvention der EU", „weltweite Entwicklung der Bioethik und Bevölkerungspolitik", „Organhandel und -transplantation", „kapitalistischer Verwertungsangriff auf den (Frauen-)Körper". MaV-99 teilt mit, daß ein Männerplenum Interesse an einem Kontakt mit der Forumsvorbereitung hat.

Das nächste **Treffen der Kongreß-AG** findet statt am **Sonntag, den 21. März, 12.00 Uhr im Infoladen „Anschlag" Bielefeld** (Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, Tel.: 0521/171253). Dieser Termin ist auch der Stichtag für die Entscheidung darüber, welche Foren stattfinden werden: Voraussetzung ist die Vorlage eines schriftlichen Konzepts durch die vorbereitende(n) Gruppe(n).

2. Termin des Kongresses:

Hier kam es noch einmal zu einer grundsätzlichen Aussprache.

Nicht entschieden wurde über die unterschiedlichen Vorstellungen über die Dauer der Veranstaltung (2, 3 oder 4 Tage). Dazu müssten die Ergebnisse des 21.3. (Kongreß-AG) abgewartet werden bzw. eine genauere Schätzung des Mobilisierungspotentials vorgenommen werden.

Strittig war die Frage, ob der Kongreß während des Gipfeltreffens oder im Vorfeld des Treffens stattfinden sollte. Dazu wurden die unterschiedlichsten Argumente vorgebracht, von denen hier nur einige erwähnt werden können (pro Vorverlegung: Anbindung an den linken Block auf der Euromarsch-Demo; leichterer Kontakt mit internationalen TeilnehmerInnen; Gipfeltage freihalten für Aktionen - contra Vorverlegung: der Gipfel soll durch die Demo auf der Straße und durch die Kongreßinhalte gestört werden/nicht ausweichen vor dem Gipfel wie Euromarsch; Kongreß ist Voraussetzung dafür, daß sich Leute sammeln können um Aktionen zu machen; die bisherige Planung ging von Anfang an von dem Gipfel-Termin aus und auf dieser Basis sind bereits Einladungen ausgesprochen worden/Räume festgemacht).

Schließlich wurde mehrheitlich (ca. 2/3 zu 1/3) beschlossen, es bei der bisherigen Planung zu belassen und den Kongreß für den Zeitraum vom 3. Juni bis 6. Juni zu planen

(Beginn: Donnerstagabend nach dem Demo mit einer Podiums- Auftaktdiskussion, Ende: noch zu klären). Der Kongreß soll so konzipert werden, daß Raum und Ressourcen für die Durchführung von Aktionen eingeplant werden. Damit war auch der (formal noch ausstehende) Beschluß über die Durchführung der Demonstration am 3. Juni definitiv getroffen. Weitere Elemente: Es soll am Vorabend des 3. Juni mit Teilen des „Bündnis Köln 99" eine Podiumsdiskussion zum Thema „Perspektiven linken Widerstands gegen EU-Europa" stattfinden (als „Scharnier" mit den dann zu Ende gehenden Aktivitäten). Und es sollen Blöcke auf der Demo am 29.5. (über die genaue Form - eigenständig oder gemeinsam mit der AA/BO und in welcher Form eine Beteiligung am europaweiten Antifatreffen möglich/sinnvoll/erwünscht ist - muß noch auf dem nächsten Plenum geredet werden), ebenso wie auf der Demo am 19.6. (s. o.) gebildet werden.

3. Aufruf zum Kongreß

Hier gab es kritische Anmerkungen zur im Info abgedruckten Fassung. Eine endgültige Beschlußfassung mußte auf die Kongreß-AG vertagt werden.

Demo gegen den EU-Gipfel am 3. Juni

1. Aufruf

Die von der AG auf Basis der Diskussion vom Samstag überarbeitete Fassung des Aufrufs wurde vorgelegt. Die Passage von „Aufgrund ... Aggressivität" wurde in modifizierter Form nach einer Aussprache des Plenums mit Dreiviertelmehrheit im Aufruf beibehalten, ansonsten nur einige redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Der vom Plenum des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und WWG beschlossene Aufruftext soll nun von Gruppen, Organisationen etc. unterzeichnet werden[1] und wird dann als Zeitung in hoher Auflage verbreitet.

2. Route/Anmeldesituation

⇒ Die AnmelderInnen von allen Demonstrationen und der Menschenkette der Kirchen haben bisher die Gespräche mit den Anmeldestellen gemeinsam durchgeführt. Es gab zwei Termine mit den örtlichen Bullen (der Staatsschutz war beide Male anwesend); beim letzten Mal (26.2.) wurde der in der Kölner Innenstadt gelegene Neumarkt als Kundgebungsplatz wegen dessen Vermietung an den Roncalli-Circus (Teil des städtischen Gipfelprogramms) definitiv verweigert. Ungeachtet dessen würde dieser (zentrale und optimale) Platz auch aus „Sicherheitsgründen" nicht herausgegeben werden – das klang im Dezember noch anders!

⇒ Es soll eine innenstadtnahe Demonstrationsroute angemeldet werden (wegen des Feiertags „Fronleichnam" wird *erstens* nur die Innenstadt belebt sein, u. a. durch die Prozessionen der katholischen Kirche!), *zweitens* um die Demowirkung in den internationalen Medien zu placieren. Es soll ein alternativer Platz in der Innenstadt angemeldet werden, der 5.000 TeilnehmerInnen fassen kann (Vorschlag der Ortskundigen: Opernplatz).

⇒ Für den Fall eines kurzfristigen Verbots der Demo wird ab jetzt eine Eventualplanung erstellt, damit die Fehler während des letzten EU-Gipfel '94 vermieden werden können. Stellt euch darauf ein: **Am 3. Juni wird auf jeden Fall in Köln demonstriert, egal in welcher Form und mit welchen Methoden!**

3. Motto/Redebeiträge

Vertagt auf das nächste Demo-AG-Treffen

4. Demo-AG

Für die weitere Vorbereitung wird eine überregionale Demo-AG gebildet aus Antifa KoK (Düsseldorf), Rote Aktion/Roter Montag (Duisburg), Perspektive (Bremen), Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln, AStA FH Köln, MaV-99. Der EA Köln soll informiert werden. Nächstes Treffen: **Dienstag 16.3., 18.00 Uhr im AStA der Uni Köln.**

Zwischen-EU-Gipfel in Berlin

Am 24./25.3. soll im Berliner Hotel Interconti (Budapester Str./Tiergarten) ein Zwischengipfel zur „Agenda 2000" stattfinden. Die Berliner TeilnehmerInnen teilen mit, daß vor Ort nur kleinere Aktivitäten geplant werden. Falls die „Agenda 2000" beschlossen werden sollte, werden tausende BäuerInnen mit Treckerkonvois die Stadt blockieren und die öffentliche Wahrnehmung dominieren.

Verschiedenes

Finanzen: Perspektive Bremen erarbeitet in Absprache mit dem Antifa-Referat im AStA Uni Köln einen Kostenvoranschlag für die gesamten Aktivitäten und für die Kosten der Infrastruktur des Linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen EU- und WWG. Verschiedene Arbeitsaufträge für die Erschließung von Finanzquellen wurden verteilt. Dem nächsten Rundbrief liegt ein Überweisungsträger bei.

Plakat: Bis zum Treffen der Kongreß-AG wird der Entwurf für ein Plakat erarbeitet, verantwortlich ist jemand vom Linksradikalen Anti-EU-/WWG-Plenum Köln.

Öffentlichkeitsarbeit: Das AStA-Internationalismusreferat weist darauf hin, daß die Materialien und Texte des Bündnisses auf seiner Webseite aufgerufen werden können. Die Seite wird jetzt intensiv aktualisiert und betreut werden. Sie ist zu finden unter <http://www.uni-koeln. de/studenten/asta/internat/eu-wwg.html>.

Widerstandcamp(s): Vertagt aufs nächste bundesweite Plenum.

Weltwirtschaftsgipfel: Vertagt aufs nächste bundesweite Plenum.

Nächster Termin

Das siebte bundesweite linksradikale Anti-EU-/und Weltwirtschaftsgipfel-Vorbereitungstreffen findet statt am Samstag, den 27.3.1999 ab 11.00 Uhr in Köln (AStA-Cafe/Unikum, Universitätsstr. 16a, 50937 Köln)

ProtokollantInnen: AC & DA (Köln)

[1] *Natürlich kann in bekannter und gebräuchlicher Weise entweder der gesamte Aufruf unterschrieben werden oder nur für Demo/Kongreß aufgerufen werden, wenn es zum Aufruftext Widersprüche gibt.*

Widerstand gegen das Europa der Herrschenden!

Köln '99: Sturm auf die EU- und Weltwirtschaftsgipfel

Normalität herrscht

Kapitalismus heißt heutzutage *Neoliberalismus* und *nachhaltige Entwicklung*. Ausbeutung heißt *Sachzwang*. Imperialismus und Militarismus firmieren als *Kontinuität in der Außenpolitik*. Und der Ökoimperialismus tarnt sich hinter der Mülltrennungsromantik der Agenda 21.
Vom Patriarchat spricht niemand mehr. Nationalismus kommt als Standortsicherung daher. Staatlicher Rassismus nennt sich *Innere Sicherheit*. Als *Kriminalitätsbekämpfung* getarnt werden politische Repression und Überwachung perfektioniert. Der Antisemitismus heißt *Gesundes Selbstbewußtsein* oder *Notwendige Debatte*.

Wenn das normal ist, sind wir es nicht

Wenn sich die staatlichen Vollstrecker der kapitalistischen Weltordnung im Juni in Köln treffen, werden wir Widerstand leisten. Widerstand gegen die Organisation von Unterdrückung und Ausbeutung, Widerstand gegen die feiste Zurschaustellung von blutiger Macht, Widerstand gegen die Lobhudeleien über die BRD.

Vom 3. bis 4. Juni 1999 werden im Kölner Gürzenich unter deutschem Vorsitz die führenden Staats- und Wirtschaftseliten der EU-Staaten tagen. Vom 18. bis 20. Juni findet der sogenannte Weltwirtschaftsgipfel statt, das Treffen der G-7-Staatschefs, der Direktoren von Internationalem Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation WTO usw.

Der **EU-Gipfel** steht im Zeichen

- des geplanten Ausverkauf Osteuropas an die Interessen des westeuropäischen Kapitals;
- einer ökologisch zerstörerischen und kapitalintensiven Agrarpolitik, der Kürzung der Zahlungen für abgekoppelte Regionen und der Konzentration in der Landwirtschaft *(Agenda 2000)*;
- einer zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen Lohnabhängiger und erwerbsloser Menschen z. B. durch die Ausweitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse auf europäischer Ebene;
- des Ausbaus von *EUROPOL*, ohne parlamentarische Kontrolle, mit Datensammlungen, Überwachungsnetzen und Immunität für Polizeibeamte und -institutionen;
- der immer perfekteren Abschottung der Festung Europa gegen Flüchtlinge und MigrantInnen;
- und des Aufbaus eines militärischen Arms der EU, möglicherweise der Westeuropäischen Union (WEU).

Seit ca. 40 Jahren gibt es das Vorhaben der europäischen Einigung unter kapitalistischem und imperialistischem Vorzeichen. Mit der Ratifizierung des Maastricht II-Vertrages und der offiziellen Einführung des Euro zum 1.1.1999 wurden die bislang letzten Schritte zur ökonomischen und politischen Vereinheitlichung der westeuropäischen Staaten getan. Westeuropa formiert sich als wirtschaftlicher Block und verbessert sowohl seine Kampfbedingungen in der imperialistischen Konkurrenz gegenüber den anderen Metropolen als auch seine Möglichkeiten zur Ausbeutung des Trikont. Gleichzeitig wetteifern verschiedene Staaten um die Vorherrschaft in der EU.
Die BRD erlangt durch die EU neue Absatzmärkte und verbesserte Möglichkeiten, anderen Staaten ihre Bedingungen zu diktieren. Ein Mittel dazu ist die Währungspolitik der *Europäischen Zentralbank* in Frankfurt, die nach dem Modell der ehemaligen Bundesbank für einen "harten" Euro sorgt, also u. a. für die Minimierung staatlicher Sozialausgaben und für die Erleichterung des Niederkonkurrierens schwächerer kapitalistischer Ökonomien, z. B. im Mittelmeerraum.

Auf den **Weltwirtschaftgipfeln** regeln die imperialistischen Hauptländer ihre gegenseitige Konkurrenz und sprechen sich ab über die Aufteilung der Absatzmärkte, Wechselkurse, Rüstung und das Niederhalten von Opposition. Der Club des internationalen Kapitals, die Konzerne und Banken aus den G-7 – Ländern und der EU beherrschen die Weltwirtschaft und bilden eine Front gegen die Menschen im Trikont und gegen revolutionäre Bewegungen. In Köln wird es um die kapitalistische Regulierung der "nachhaltigen" Ausbeutung der randständigen Länder gehen; die G-7 planen einen sogenannten "Teilschuldenerlaß" im Gegenzug für eine intensivierte Ausplünderung der Ressourcen der Empfängerländer.

Die **Bundesregierung** will die Gipfel dazu nutzen, die BRD als technisch moderne, normale zivilisierte kapitalistische Großmacht darzustellen, die ihre faschistische Vergangenheit nun endgültig hinter sich gelassen haben.

Die **Stadt Köln** will die Gipfel für ihre Propaganda für die Wirtschaftsmetropole Köln verwenden. Dabei stören Menschen mit bestimmten sozialen "Auffälligkeiten" (den zugeschriebenen Merkmalen von Armut und Dissidenz), die sich in der Innenstadt aufhalten. Und für den Sommer '99 ist der Ausnahmezustand in der Stadt zu erwarten, mit Bannmeilen, Sicherheitszonen, gesperrten Brücken und dem Weg"säubern" von Unangepassten durch 10.000 Bullen.

Diese Suppe werden wir ihnen versalzen!

Was wir wollen? Die Beherrschung verlieren!

Das fünfhundertjährige Reich...

Die Entwicklung des Kapitalismus beruht auf mehr als 500 Jahren Ausbeutung, Naturzerstörung und Terror in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit der Eroberung Lateinamerikas ab 1492 wurde die vorher in Afrika begonnene Ausplünderung des Trikont auf die ganze Welt ausgedehnt. Die Regionen außerhalb der kapitalistischen Zentren sind heute Lieferanten von Rohstoffen, Lebensmitteln und Billigwaren, Absatzmärkte für Industrieprodukte aus den Metropolen und Reservoir für Arbeitskräfte. Nach dem Zerfall des RGW wird Osteuropa im Rahmen der sogenannten Osterweiterung durch das westeuropäische Kapital kolonialisiert. Die BRD versucht die Region zum Hinterhof auszubauen.

Institutionen wie der IWF und die Weltbank, GATT/WTO und seitens der EU das Lomé-Abkommen erzwangen nach der Entkolonialisierung die Öffnung der Märkte im Trikont für europäisches Kapital und Waren, Privatisierung von Infrastruktur und Böden, Abbau von Sozial- und Gesundheitsausgaben und Lohnkürzungen.
Als Folge davon leben dreiviertel der Menschheit in Armut, Unterernährung, Krankheit und Analphabetismus. Banken und Konzerne, die herrschenden Eliten innerhalb der verelendenden Trikontstaaten sowie ein Teil der Bevölkerung in Westeuropa, Nordamerika und Japan profitieren von diesen Verhältnissen. Doch auch hier nehmen Erwerbslosigkeit, Verelendung und mangelhafte Ernährung zu, wachsen Ghettos, Slums und Obdachlosensiedlungen.

Die Strategie der nachholenden Entwicklung mittels Krediten war von vorneherein zum Scheitern verurteilt, da die Voraussetzungen für eine "normale" kapitalistische Entwicklung dort nicht gegeben war. Ihr Scheitern wurde deutlich, als die dadurch ausgelösten sozialen und Klassenkämpfe (z. B. in Südkorea) die Bedienung der Schulden ins Stocken brachte und zudem stiegen die Zinsen. Hinzu kommt, daß der Austausch zwischen Peripherie und Metropolen ein ungleicher Tausch ist. Denn für eine Arbeitsstunde, die in den Zentren geleistet wird, müssen im Trikont mehrere Arbeitsstunden als Gegenleistung erbracht werden.

... und kein Ende

Gegenwärtig bilden regionale ökonomische Bündnisse (NAFTA, EU, APEC) unter einer oder mehreren konkurrierenden Hegemonialmächten die Grundpfeiler einer neuen Weltordnung. In den Großwirtschaftszonen sollen die Hindernisse für Waren- und Kapitalströme beseitigt werden. Das bringt dem in diesen Zonen jeweils stärksten Kapital maximalen Profit, in der EU also vorwiegend dem BRD-Kapital. Vor allem in den ökonomisch schwächeren Gesellschaften führt es gleichzeitig zu verschärfter Ausbeutung und Armut.
Die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten steigt. Sie wird u. a. durch Handelskriege, durch "unfreundliche Übernahmen" und auch schon durch kriegerische Rivalität ausgetragen – siehe z. B. die entscheidende Beteiligung der BRD bei der Zerstörung Jugoslawiens. Die Herausbildung einer von den USA unabhängig agierenden, atomar bewaffneten Militärmacht EU läuft über verschiedene Optionen: sei es die Aufwertung der WEU, die Bildung von multinationalen "Kriseninterventionskräften" oder die Formulierung einer "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP).

Die Versuche in einzelnen Ländern, dem System der Profitmaximierung zu entrinnen, sind bisher gescheitert: An der erzwungenen Abhängigkeit aller Regionen vom kapitalistischen Weltmarkt und an der Überlegenheit der imperialistischen Staaten: Deren Blutspur zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile und Zaire bis hin zu Panama, Kurdistan und die Kriege am Golf.

- *Zerschlagung aller herrschaftssichernden Institutionen wie WWG, IWF, Weltbank, NATO*
- *Sofortige Schuldenstreichung und Reparationszahlungen der kapitalistischen Zentren an die ausgeplünderten Menschen im Trikont*
- *Keine weltweiten Einsätze der Bundeswehr, weder allein, noch im Rahmen der NATO – für die Auflösung der Bundeswehr*

Danke für meine Arbeitsstelle

Der Kapitalismus verweigert auch in den Metropolen den Menschen zunehmend die notwendigsten Mittel für ihr Leben. Das unersättliche Streben nach Profit führt dazu, daß ganze Produktionszweige dereguliert, Arbeitsverhältnisse flexibilisiert und abgekoppelt werden vom System der sozialstaatlichen Absicherung – vom Arbeitslosengeld bis zur Ausbildungsfinanzierung. Prekäre Jobs, d. h. Arbeitsverhältnisse ohne Kündigungsschutz, zu Niedriglöhnen, ohne Streikrecht, ohne Kranken- und Arbeitslosenversicherung, nehmen zu. Dazu kommt die Illegalisierung von zigtausend MigrantInnen, die verstärkte Ausbeutung von Frauen, Verarmung, Obdachlosigkeit. Bioethik- und Euthanasiepropaganda bereiten darauf vor, nicht mehr als ausbeutungsfähig eingestufte Menschen als Ressource zu verwerten: Von der Patentierung von einzelnen lukrativen Genen bis zum Organhandel.

Mit der permanenten Automatisierung und Computerisierung und der Umwälzung der stofflichen Grundlagen kapitalistischer Produktion werden technische Voraussetzungen geschaffen, um die Widerstandspotentiale der verbleibenden Lohnabhängigen, wie z. B. Sabotage, langsames Arbeiten zu unterhöhlen und durch Massenentlassungen den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken.

- *Wir brauchen keine körperlich und psychisch kaputtmachende "Arbeit" für alle, um viele sinnlose und menschen- und naturzerstörerische Dinge herzustellen. Wir brauchen die Möglichkeit, ohne Lohnarbeit das zu bekommen, was für ein menschenwürdiges Leben nötig ist: ausreichendes und gesundes Essen, genügend Wohnraum, den Zugang zu Bildung und Kultur, die Möglichkeit zur Fortbewegung, medizinische Versorgung, Pflege für Behinderte, Alte und Kranke, Möglichkeiten zu Kinderbetreuung und noch viel mehr!*

Das Patriarchat geht voran

Frauen müssen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung fast überall unbezahlte Reproduktionsarbeit wie Kindererziehung, Hausarbeit, soziale Versorgung, Nahrungsmittelherstellung usw. leisten, die als "Nichtarbeit"

unsichtbar zu machen versucht wird.

Insgesamt verrichten sie 2/3 aller Arbeit und den größten Anteil an ungesicherter Arbeit, erhalten aber nur ein 1/10 des Einkommens und besitzen nur 1% des Eigentums. Sie bekommen im Durchschnitt 40% weniger Lohn als männliche Arbeiter. Frauen werden bei Ernährung, Ausbildung sowie der Gesundheitsversorgung benachteiligt. 70% der Armen weltweit sind Frauen.

Im Trikont zwingen extensive Landvertreibungen und die Intensivierung der Landwirtschaft für die Exportproduktion immer mehr Frauen, sich zu entscheiden: Entweder in den Zulieferbetrieben für die Metropolen zu schuften oder in die kapitalistischen Zentren zu emigrieren. Die Schwemme von Fertigungsbetrieben in den Exportsonderzonen in Mittelamerika, Südostasien/China und z. T. in Osteuropa hat verheerende Folgen: 80% der ArbeiterInnen dort sind Frauen, die mörderischem Arbeitstempo, direkter Gewalt und fehlendem Gesundheits- und Arbeitsschutz ausgesetzt sind.

Die Deregulierung und Umstrukturierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geht zu Lasten der Frauen: Die prekarisierte Teilzeitarbeit im Rahmen der europäischen "Bündnisse für Arbeit" sind eine Ausbeutungsform, die mehrheitlich Frauen vorbehalten ist. Frauen stellen einen überproportionalen Anteil an SozialhilfeempfängerInnen. Frauenarbeit soll einhergehend mit dem Abbau von sozialstaatlichen Garantien als "soziales Auffangnetz" herhalten.

Frauen sind vielfältigen Formen patriarchaler, sexistischer Gewalt und Folter ausgesetzt. Ihr Körper wird als Ware gehandelt, u. a. durch den Frauen- und Mädchenhandel aus Südostasien und Osteuropa und den Sextourismus der deutschen Männer auf den Philippinen, in Thailand und Kenia. Frauen leben weltweit in wirtschaftlicher und rechtlicher Abhängigkeit von (Ehe-)Männern. Der Kampf gegen diese Gewaltverhältnisse wird nicht als politischer Widerstand akzeptiert. Frauenspezifische Fluchtgründe werden nicht anerkannt, und Frauen ohne eigenen Paß können in der BRD keinen Asylantrag stellen.

In den kapitalistischen Zentren wie im Trikont sind sie Objekte bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Mit Hilfe von Gen- und Reproduktiontechnologien wird Frauen die Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit entzogen. Das Ziel ist, genügend "weißen" Nachwuchs zu sichern. Frauen in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie schwarze Frauen, die in den Zentren leben, werden Zwangssterilisierungen, Zwangsabtreibungen (z. B. von weiblichen Embryonen in Indien) und gesundheitsgefährdenden Verhütungsexperimenten ausgesetzt. Auf der anderen Seite wird versucht weiße, nichtbehinderte Frauen durch sogenannte "Lebens"schutzpropaganda und strafbewehrte Abtreibungsverbote zum Gebären zu erpressen.

- *Gegen Ausbeutung und patriarchal-kapitalistische Arbeitsteilung.*
- *Schluß mit der herrschenden Bevölkerungspolitik, mit sexistischer Gewalt und Abtreibungsverboten; Einstellung aller Zwangssterilisierungsprogramme.*

Nachhaltiger Ökoimperialismus

Das Kapital der EU- und G7-Staaten ist der Hauptverursacher für die globale Naturzerstörung: Es fördert kapitalintensive Großprojekte (z. B. Hochgeschwindigkeitszüge, Raumfahrt) und Sackgassentechnologien und setzt auf der Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten bislang relativ unberührte Naturressourcen der Zerstörung aus.

Die Naturzerstörung wird durch die Entwicklung einer neuen Generation von Destruktivkräften (z. B. Atomkraft in ihrer militärischen oder zivilen Variante, Gentechnik) gesteigert, durch den Export von Giftprodukten und Müll, die Ansiedlung lebensgefährlicher Produktionsanlagen in den Ländern des Trikont und durch die Plünderung der Ressourcen bis zur Gefährdung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Menschen. Monokulturen, Abholzen tropischer Wälder, genetisch manipuliertes Saatgut und Chemie in der Landwirtschaft usw. führen zu Bodenerosion, Ausbreitung der Wüsten sowie zu klimatischen Veränderungen.

Ökoimperialistische Politik tritt aktuell unter dem Label der "nachhaltigen Entwicklung" auf: Auf Umwelt- und Klimakonferenzen der UNO wird nach technokratischen Wegen und Reparaturtechnologien gesucht, um die Folgen der Umweltzerstörung der Metropolen auf andere Regionen zu verschieben (z. B. Handel mit CO_2-Margen). Durch das Verbreiten von individuellen Schuldzuweisungen und Verzichtsappellen *(Agenda 21)* soll die Galgenfrist für eine systematisch naturzerstörerische Produktionsweise herausgeschoben werden.

- *Gegen Ökoimperialismus, gegen die Ausplünderung und Zerstörung der äußeren Natur; Gegen Gen- und Reproduktionstechnologie und die Manipulation und Selektion von Lebewesen nach Verwertungskriterien.*

Rassismus und Nationalismus von oben und unten

Rassistische und sexistische Gewalttätigkeit, staatliche Repression und eine besondere Ausbeutung der (Arbeits-)MigrantInnen gibt es in allen EU- und G7-Staaten. An deren Grenzen werden Flüchtlinge vorsortiert nach Qualifikation, Geschlecht, politischer Gesinnung und Hautfarbe. Wer brauchbar ist, darf herein: Als rechtlose ArbeitssklavInnen ohne soziale Absicherungen in der Landwirtschaft, Gastronomie, am Bau und in der Textilindustrie, als Haushaltshilfen oder für die Prostitution.

Das Schengener Abkommen (1993) sorgt dafür, daß die Außengrenzen der EU mit Schnellbooten an den Küsten und Infrarotgeräten an den Landgrenzen verbarrikadiert sind und die neue High-Tech-Mauer um die Festung Europa immer unüberwindlicher wird. Seit 1990 sind an der BRD-Ostgrenze 90 Menschen getötet worden - auf der Flucht vor dem BGS oder deutschen Bürgerwehren verunglückt oder ertrunken beim Versuch, nachts an gefährlichen Stellen unentdeckt den Grenzfluß zu überqueren. In Griechenland wird die EU-Außengrenze bereits mit Minenfeldern gesichert.

Unerwünschte Flüchtlinge werden schikaniert (z. B. durch Essenspakete), in die Illegalität getrieben oder in Lagern interniert, die mit Mauern und NATO-Draht umzäunt sind, in denen mehrere hundert Menschen auf engstem Raum unter elenden Bedingungen hausen. Sie werden eingesperrt im von der "rotgrünen" Landesregierung errichteten Hochsicherheitstrakt auf dem Frankfurter Flughafen, im größten bundesdeutschen Abschiebeknast in Büren (NRW) oder im

Frauenabschiebeknast in Neuss. Gegen diese staatlichen und gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse leisten Flüchtlinge und MigrantInnen alltäglichen Widerstand in Form von massenhafter Verweigerung – Zerstörung von Essenspaketen, Knastrevolten, Leben in Illegalität usw.

Mit der europaweiten Zusammenarbeit der Geheimdienste und Polizeien im Rahmen von TREVI und der neuen EU-Polizei *EUROPOL* sind überstaatliche Koordinierungsstellen entstanden, die die "Flüchtlingsströme" überwachen und den Widerstand gegen die Folgen des kapitalistisch-imperialistischen Herrschaftskomplexes EU kontrollieren sollen.

Kein Europa der Vaterländer, kein Vaterland Europa, überhaupt kein Vaterland!

Ein großer Teil des staatlichen Gewaltapparates wie auch der Bevölkerung paktiert – in Rostock 1992 und anderswo – mit den rassistischen TäterInnen. Billiglöhne, Rohstoffraub und Profite des Kapitals aus Diktaturen verschaffen der Metropolenbevölkerung eine relativ bessere Lebenssituation. Sie hat insofern ein systemimmanentes Interesse am Fortleben rassistischer und imperialistischer Strukturen, das als Leistungs-, Anpassungs- und Aufstiegsdenken, als Wohlstandschauvinismus und Überlegenheitsdenken auftritt. Ihre brutalste Ausprägung hat die Identifikation der "Volksmassen" mit herrschenden Eliten – in Kombination mit auf völlige Verwertung und Vernichtung ausgerichtetem Antisemitismus – im deutschen NS-Faschismus gefunden. Aufgrund der nie substantiell gebrochenen Gemeinschaft von herrschenden Eliten und "Volksmassen" in Deutschland haben der deutsche NS-Faschismus und der Expansionsdrang des deutschen Imperialismus eine besondere Aggressivität.

Eurochauvinismus und Nationalismus widersprechen sich nicht, sondern passen bestens zusammen. Ob DVU und NPD in der BRD, Front National in Frankreich, FPÖ in Österreich oder Alleanza Nazionale in Italien: Die FaschistInnen grölen weiterhin "Deutschland den Deutschen" oder "Frankreich den Franzosen", helfen gleichzeitig mit beim Ausbau der Festung Europa und sind dabei, sich immer stärker europaweit zu vernetzen.

- *Die einen fliehen vor Krieg und Folter, andere vor Hunger und Armut oder weil sie wegen ihres Geschlechts, ihrer Homosexualität, ihrer politischen Haltung oder der ihnen zugeschriebenen "Volkszugehörigkeit" verfolgt werden. Viele erhoffen sich auch einfach nur woanders bessere Lebensbedingungen. Egal warum – jeder/m steht es zu, selbst zu entscheiden, wo er/sie leben will. Darum: Weg mit allen Grenzen! Weg mit allen Ausländergesetzen! Gleiche Lebensmöglichkeiten für alle!*
- *Gegen das Schengen-Abkommen, EUROPOL und TREVI – Weg mit allen Repressionsorganen;*
- *Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit.*
- *Gegen die Festung Europa – gegen Menschenjagd, Abschiebung, Polizeistaat und Rassismus!*

Die Alternative: Soziale Revolution! International und solidarisch gegen das Europa der Herrschenden!

Weder von der EU, noch von nationalen Regierungen können wir uns irgendetwas menschenfreundliches erwarten. Auch nicht, wenn SozialdemokratInnen – mit oder ohne grünen oder ex-kommunistischen Ministern – in den staatlichen Führungspositionen sitzen, wie es inzwischen in den meisten EU-Staaten der Fall ist.

Aber es gibt hier und international eine Alternative zu diesem zerstörerischen, verlogenen, in Reichtum für wenige erstickenden System, das auf dem Elend von 90% der Menschen aufbaut: Ein Leben ohne Hunger, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung für alle ist erreichbar. Allen Menschen muß die umfassende Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse ermöglicht werden, ohne Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die auf der Grundlage von Solidarität und Gleichheit aufbaut und in der es weltweit keine Ausbeutung und keine Herrschaft von Menschen über Menschen mehr gibt. Eine Gesellschaft, in der es keine Nation und keinen Staat mehr gibt. Eine Gesellschaft, in der die Menschen selbst bestimmen, wie sie leben und was sie produzieren.

Der Weg dorthin beginnt mit dem Widerstand heute: Wehren wir uns gegen den alltäglichen Terror der Lohnarbeit, gegen alltägliche rassistische und sexistische Diskriminierung und Bevormundung! Kämpfen wir hier in den kapitalistischen Zentren gegen diejenigen, die die Ausbeutung der "3. Welt" und ökologische Zerstörung weltweit organisieren! Streuen wir Sand in das Getriebe des militärischen und polizeilichen Sicherheitsapparats des Festung Europa: "Auch Rom ist nicht an einem Tag zerstört worden" *("Blick nach vorn im Zorn", Aufruf linksradikaler Gruppen gegen den WWG 1992 in München).*

Zusammen mit allen, die sich – weltweit – befreien wollen, leisten wir gegen diese patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse Widerstand: Z. B. indem wir den von einen rassistischen Justizmord bedrohten Mumia Abu-Jamal freikämpfen oder solidarisch sind mit den Menschen in Chiapas gegen die Todesschwadronen der PRI und mit den kurdischen Menschen gegen die türkische Armee und gegen die Repression innerhalb der EU-Staaten. Indem wir uns am Kampf für die Stillegung aller Atomanlagen von Gorleben bis Sellafield beteiligen. Durch die Unterstützung wilder Streiks der Textilarbeiterinnen in den Klitschen der Sonderwirtschaftszonen. Indem wir den *Sans-Papiers* in Frankreich, den Ansätzen von internationalen Klassenkämpfen z. B. der Renault-ArbeiterInnen in Spanien, Belgien und Frankreich und dem Widerstand indischer BäuerInnen zur Seite stehen, die das Gentech-Saatgut und Felder von *MONSANTO* und anderen Agro-Konzernen zerstört haben und durch die Vernetzung und Zusammenarbeit und den Aufbau von Strukturen europaweiten Widerstands.

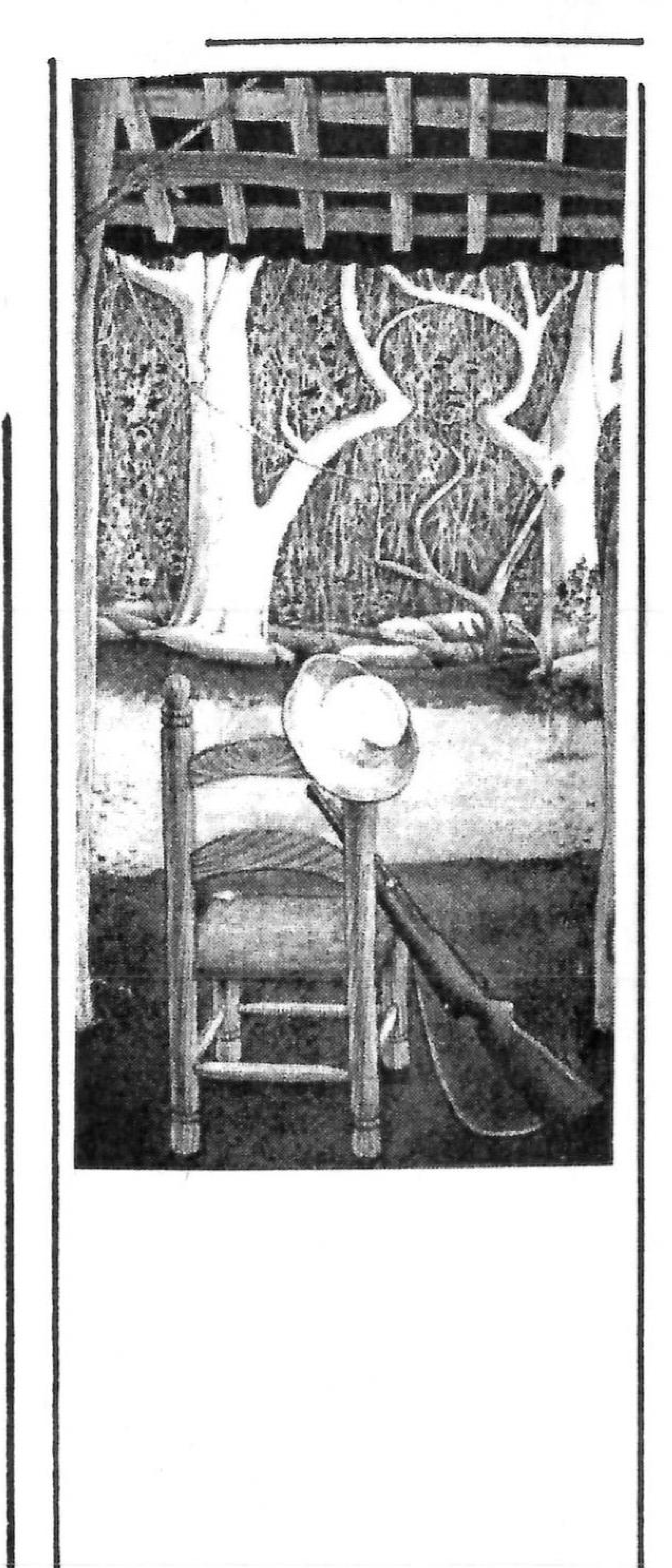
Oder durch den Widerstand gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel. Wir rufen auf:

- **zur linksradikalen internationalen Demonstration gegen den EU-Gipfel am 3. Juni**
- **zum linksradikalen internationalen Anti-EU-Kongreß vom 3. bis 6. Juni**

Linksradikales bundesweites Bündnis gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel '99 in Köln

Krieg im Paradies

Ein Roman von Carlos Montemayor läßt die andere mexikanische Guerilla wieder auferstehen.



In den 70er Jahren hatte Mexiko bei westeuropäischen Linken einen sehr guten Ruf. Das Land galt als sichere Zuflucht für die Flüchtlinge aus Pinochets Chile, beharrte auch gegen den Druck aus den USA auf freundschaftlichen Beziehungen zum revolutionären Kuba, und war bis in die 80er Jahre der Sitz verschiedenster lateinamerikanischer Guerillaführungen und Exilregierungen. Auch in Mittelamerika unterstützte die mexikanische Auslandspolitik die salvadorianische FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) und nicaraguanische FSLN (Nationale Befreiungsfront der Sandinisten) durch verschiedene Verhandlungsinitiativen. Innenpolitisch steht die Regierung Echeverría (1970-1976) bis heute für den Ausbau des Sozialstaats und damit die Umverteilung der im „mexikanischen Wirtschaftswunder" erarbeiteten Reichtümer auf die breite Bevölkerung.

Dieses Mexiko vom Anfang der 70er Jahre beschreibt auch der Roman *Krieg im Paradies* von Carlos Montemayor. Er zeigt jedoch eine ganz andere Wirklichkeit hinter der fortschrittlichen Kulisse: Die extreme Armut der Bauern im südwestlichen Bundesstaat Guerrero und ihre Konsequenzen. Montemayor rekonstruiert eine Geschichte, die auch die meisten linken MexikanerInnen des urbanen Mittelstands bis heute nur lakonisch als „Alptraum" oder „schlechte Erfahrung" abtun: Den bewaffneten Kampf der ersten mexikanischen Guerillabewegungen.

Illegale Intellektuelle?

Lucio Cabañas, ein Grundschullehrer aus der Kleinstadt Atoyac, gründete 1967 die Partido de los Pobres (Partei der Armen) als bewaffnete Bauernbewegung. Auf die Forderungen der Kaffee- und Kopra-Produzenten der Region nach menschenwürdigen Lebensbedingungen hatte der Staat seit Anfang der 60er Jahre ausschließlich mit wiederholten Massakern an Demonstranten und verschärfter Repression reagiert und damit der Guerillabewegung den Boden bereitet. Bereits 1963 war Genaro Vázquez, ebenfalls Grundschullehrer und dadurch schon Angehöriger der kleinen intellektuellen Schicht Guerreros, mit einer Gruppe in den Untergrund gegangen. Mit dem Tod von Vázquez bei einem Autounfall im Jahr 1972 beginnt Carlos Montemayor seinen Roman, um dann die Geschichte der Partido de los Pobres im Detail zu erzählen.

Markige Revolutionsrhetorik

Krieg im Paradies ist alles andere als ein klassischer Guerillaroman, der sich mit der Mobilisierung linksradikaler Nostalgie begnügen würde. Die episodenhafte Erzählstruktur erlaubt dem Autor eine Darstellung der damaligen Ereignisse in ihrer ganzen Komplexität. Die Lebensrealität der Bauern, die neben Hunger und Elend auch permanent der Willkür von Armee und Bundespolizei (Policía Judicial) ausgesetzt sind, wird ebenso nachvollziehbar wie die spezifische Männerbund-Kultur der politischen Klasse in Mexiko, oder die Differenzen zwischen der urbanen und der ländlichen radikalen Linken jener Zeit: Während die in der Stadt die Anwendung marxistischer Lehrsätze predigen, verfügen die auf dem Land über praktische Fähigkeiten und Erfahrungen, die ihnen eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung einbringen.

Dem Autor gelingt es, in kurzen Szenen sehr widersprüchliche Stimmungen entstehen zu lassen, die Mexiko damals, aber auch heute noch charakterisieren. Die markige Revolutionsrhetorik der politischen Klasse steht neben den zaghaften Versuchen der Bauern von Guerrero, ihre verzweifelte Lage überhaupt in Worte zu fassen. Die zähe Machtstruktur im mexikanischen Einparteiensystem wird durch die Darstellung militärischer und politischer Entscheidungsprozesse nachvollziehbar. Durch die Beschreibung der blinden Brachialgewalt und Folter, die die Uniformierten und ihre schlipsbewehrten Auftraggeber im Kampf gegen die „Straßenräuber und ehrlosen Banditen" einsetzen, gelingt es Montemayor, die Tragödie eines Landes zu vermitteln, in dem die Armee aus ebenso ungebildeten und armen Bauern zusammengesetzt ist wie die Gruppe, die Lucio Cabañas in einem mühsamen Prozeß zu einer solidarischen und strategisch denkenden Guerilla herausbildet.

Basis im Volk?

Krieg im Paradies ist ein scharfes Stück Gesellschaftskritik. Seine Stärke bezieht es nicht zuletzt aus seiner Aktualität. Es beschreibt Methoden der Aufstandsbekämpfung, deren zentrale Strategie auch heute noch die Leugnung jeglicher politischer Zielsetzung der Aufständischen ist, und vor allem die hegemoniale Mentalität der Verachtung von *campesinos* und indigener Bevölkerung, mit denen beispielsweise die EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) heutzutage in Chiapas alltäglich konfrontiert ist. In denselben Bergen von Guerrero, in denen Anfang der 70er Jahre der Lehrer Lucio Cabañas zum Mythos wurde, existiert seit 1996 wieder eine bewaffnete Bewegung, die zwar international erheblich weniger bekannt ist als die Zapatisten, aber neben Guerrero auch in mehreren anderen Bundesstaaten operiert. Auch heute, im Zeitalter des Neoliberalismus, ist sie in den Dörfern und Landarbeiterorganisationen fest verankert. Wie die Gruppe um Lucio Cabañas machte das EPR (Revolutionäres Volksheer) bislang vor allem durch bewaffnete Hinterhalte und lukrative Entführungen führender Industrieller von sich reden. Im Frühjahr 1998 sagte sich die gesamte Guerillastruktur aus Guerrero unter dem Namen ERPI (Revolutionäre Armee des Aufständischen Volkes) von der nationalen EPR-Führung los, um ihre bewaffneten Aktionen künftig weniger von „objektiven" strategischen Notwendigkeiten, dafür aber von einer engeren Abstimmung mit der Bevölkerung vor Ort abhängig zu machen.

In einem kürzlich in Mexiko veröffentlichten Interview sagen zwei ERPI-Comandantes gar, die Reste der Gruppe um Lucio Cabañas hätten den Untergrund nie verlassen und bildeten den traditionsreichen Kern der heutigen Guerillaformationen in den Bergen von Guerrero.

Insofern ist die Lektüre von Montemayors *Krieg im Paradies* aus mehreren Gründen zu empfehlen: Einerseits, weil es die Erinnerung an ein Stück linker Geschichte wiederherstellt, die vor allem durch einige, maoistisch inspirierte Dissidentenmorde aus den späteren 70er Jahren bis heute stark diskreditiert ist. Aber auch, weil die Beschreibung institutioneller Skrupellosigkeit gegen Menschen, die um die elementarsten Rechte kämpfen, leider auch die Realität des heutigen Guerrero wiedergibt – demselben Bundesstaat, der mit den Stränden um Acapulco einen Großteil der TouristInnen aus Westeuropa anzieht.

Miriam Lang

Carlos Montemayor, *Krieg im Paradies*, aus dem Spanischen übersetzt von Georg Oswald. Verlage Libertäre Assoziation, Schwarze Risse, Rote Strasse, Hamburg/Berlin 1998. DM 38,–

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS

Mehringhof, Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
Tel.: 030/692 22 22
(dienstags von 22-22 Uhr)

Zeugen-Aufruf

Liebe Leute,

wir suchen leider immer noch Zeugen im Zusammenhang mit den Übergriffen auf der Liebknecht-Luxemburg-Demo am 10.01.1999. Bitte veröffentlicht doch den folgenden Aufruf, kostenfrei und wenn möglich zwei Wochen lang, in Eurer Zeitung:

DRINGEND Zeugen gesucht: Übergriff und Verhaftung auf der Liebknecht-Luxemburg-Demo am 10.01.99, zwischen S-Bahnhof Lichtenberg und Friedhof (Gudrunstraße), um ca. 13.30 Uhr, MLKP-Block. Nach dem Übergriff wurde „nur" eine Person verhaftet (blaue Jeans, schwarze Lederjacke, rotes Basecape mit gelber Aufschrift MLKP). Wer hat was gesehen, Fotos oder Videoaufnahmen gemacht? Bitte **super-dringend** beim Berliner Ermittlungsaus-schuß melden (dienstags von 20-22 Uhr unter 030/692 22 22)

Vielen Dank im voraus.

Die EA'lerInnen

und noch ein Zeugenaufruf, diesmal wegen der Demo am 05.03.99 (Knast-Demo in Moabit). Bitte veröffentlich doch den folgenden Aufruf kostenfrei und wenn möglich über zwei bis drei Wochen, in Eurer Zeitung:

Zeugen gesucht: Bei der Knast-Demo in Moabit am 05.03.99, am Ende der Demo (kurz nach 19.00 Uhr) am U-Bahnhof Birkenstraße/Ecke Wilhemshavener Straße (auf der Kreuzung). Wer hat die Festnahme eines jungen Mannes (grüner Parka mit Kapuze, schwarze Tischlerhose, ca.1,70 m, Rasta-Frisur) gesehen. Der Mann war in einer Gruppe von ca. 40 Leuten, er wurde 3 x von dem Polizisten ins Gesicht geboxt und dann weggehaftet. Bitte meldet Euch beim Berliner Ermittlungsausschuß, dienstags von 20-22 Uhr)

Demonstration am 27.02.1999 in Magdeburg

Sehr beschämt fuhren wir, eine Kleingruppe aus Niedersachen von Magdeburg wieder nach Hause. Tausend Fragen gingen uns durch den Kopf: z.B. Warum MitdemonsrantInnen ,die eine Parole anstimmen, von den hinteren Reihen nachgeäfft werden? Warum DemonsrantInnen, die einen Bullenkessel brachen, schnurstracks in den nächsten liefen, ohne ein Ziel vor Augen zu haben? Man hat die Wut und den Hass auf die Faschokundgebung von keiner/keinem spüren können, denn die Massen standen und haben nichts besseres gekonnt, als zu gaffen oder sich mit Bullen anzulegen.Dabei wäre ein Kleingruppenkonzept in Magdeburg sehr gefragt gewesen. Vielleicht sollte sich jeder und jede noch einmal genau überlegen, worum es bei solch einer Demonstration geht und was damit bezweckt werden soll.
In dem Sinne: Laßt uns die nächste Faschokundgebung stürmen, und uns nicht damit zufrieden geben, powerlos und biertrinkend als Demozug durch die Stadt zu latschen.

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN !
MAGDEBURG IST ÜBERALL !

"Sozialhygiene" á la Strieder

"Green Cops" jetzt auch in der Warschauer Straße unterwegs
Ihr Auftrag: "Rücksichtslosen Minderheiten Grenzen setzen!"

Nach der Müllerstrasse im Wedding und der Hermannstrasse in Neukölln sollen demnächst auch in Friedrichshain "Green Cops" ("Umweltstreifen") eingesetzt werden. Im Rahmen des Stadtvertrags "Saubere Warschauer Strasse", der im April u.a. von Bezirksamt, Senat, Polizei und der Einzelhändlervereinigung "IG Warschauer Strasse" unterschrieben werden soll, beginnt die nächste grosse Sauberkeitsoffensive von Strieder & Co. Es geht den Saubermännern seit der widerlichen "Berlin - Es ist Eure Stadt"-Aktion längst nicht mehr nur um die Glitzerwelten am Ku'damm und um noble Einkaufszentren sondern vermehrt um durch den Einzelhandel geprägte Gebiete sogenannter "Problembezirke". Diese Strategie steht im Rahmen der CDU/SPD-Kampagne gegen die "Ghettoisierung" einzelner Stadtbezirke, die auch schon zur bevorstehenden Einrichtung eines "Quartiersmanagements" rund um den Boxhagener Platz geführt hat.
Den "KAMPF für mehr Sauberkeit" soll den Bewohnern "soziale Perspektiven in einem lebenswerten Umfeld geben", Perspektiven, die sie schon längst nicht mehr haben. Die Green Cops sollen "rücksichtslosen Minderheiten wie rasenden Radfahrern (!), Umweltverschmutzern oder Hundebesitzern" den Garaus machen, gegen "Graffitti-Kriminalität" und Vandalismus vorgehen: "Sie melden Schmutzecken und versuchen rücksichtslose Stadtbildverschmutzer von ihrem Tun abzubringen". (alle Zitate aus "FRIEDRICHSHAIN. Zeitschrift für Stadterneuerung." 1/99) Sowohl in Neukölln als auch im Wedding sind zur Zeit je 30 Green Cops unterwegs. Die Hilfspolizisten des Umweltsenators bilden die Vorhut einer neuartigen Version des Ökofaschismus. "Umwelt" heisst jetzt in erster Linie "sauber und ordentlich" - und da waren die Deutschen schon immer Vorreiter. So haben wir uns die Verknüpfung von Umweltschutz und sozialer Frage nicht vorgestellt!!!
Denn wer mit "Stadtbildverschmutze" in erster Linie gemeint ist, dürfte klar sein. Punks, Nicht-Deutsche, Obdachlose und Linke aller Art. Die Warschauer Strafle soll zur "Pilotmeile" für die koordinierte Arbeit zwischen Verwaltung, Polizei, Einzelhändlern und Berliner Stadtreinigung (BSR) werden. Schmutz, Dreck und Gesindel sollen in Zukunft "prompt entfernt" werden. Bei Erfolg dann wohl auch in ganz Friedrichshain und in anderen "Problemkiezen".

Deshalb:

Zero Tolerance für Green Cops!
Schmutz, Schande und Gesindel für die Warschauer!!
Schmuddelberlin muß bleiben!!!

V.i.S.d.P.: Oskar a.d. Mülltonne. Sesamstrasse 7, Berlin

Schröder, Du bist so hässlich
und Trittin, Dich bringen die
Krawatten auch nicht weiter

und weil wir Euch genausowenig
leiden können wie eure
Atomkraftwerke haben wir in der
Nacht zum 7.3. euer
wiederwaertiges
Bundesamt für Umweltsauverein und
Reaktorsicherheit am Schiffbauerdamm
in Berlin besucht.
Da haben wir den scheusslichen
Eingangsbereich besprüht und einige
Fenster entglast. Da kam ein Gestank
raus, dass wir sofort abgehauen
sind.

Ihr seid genauso eklig wie eure
Konsensgespräche

Atomkraftgegerinnen, autonom und
schnell zu Fuss

Auch zweiter Versuch der CDU gescheitert !

Entgegen ihrer Ankündigung (s. Interim Nr. 469) in Freiburg öffentlich keine Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu sammeln, versuchte es die CDU am 13.3.99 doch. Allerdings nur versteckt auf einem Stand, der über die Steuerpolitik der Regierung informieren sollte. Aber nachdem schon ihre Infoveranstaltung zum selben Thema gesprengt wurde, scheiterte auch dieser Versuch ihre rassistische Hetze an die Öffentlichkeit zu tragen. Denn der Stand wurde einfach umgeworfen. Daraufhin beendeten die CDU-Rassisten ihre Aktion. Leider nahmen die Bullen vier Personen fest, die aber nach der Feststellung der Personalien wieder freigelassen wurden. Insgesamt war die Aktion aber ein voller Erfolg, denn die CDU wurde zum zweiten Mal daran gehindert ihre rassistische Hetze zu verbreiten. Hoffentlich gibt dieser Erfolg Mut für eine neue Offensive gegen den Rassismus !

Kampf dem Rassismus !
Gleiche Rechte für Alle !

Der geistige Brandstifter



Null Naziaufmarsch
weder in Bremen am 1. Mai noch anderswann anderswo

Im Vorfeld zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im Juni will die neofaschistische NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und ihre "Jugendorganisation"JN (Junge Nationaldemokraten) am 1. Mai 1999 in Bremen marschieren. Zu dem Aufmarsch, dessen Route bisher vom Bremer Stadtteil Tenever zum Daimler-Chrysler-Werk in Sebaldsbrück geplant ist, erwartet die NPD nach eigenen Angaben etwa 5.000 Leute. Die Mobilisierung läuft bereits übers Internet.

Anmelder des Naziaufmarsches ist der zweite Vorsitzende der NPD-Bremen, *Jörg Wrieden* aus Bremen-Nord. Wrieden ist langjähriger Nazi-Funktionär und beteiligt sich an regionalen und überregionalen Nazi-Aufmärschen (z.B. in München, Kiel, Lübeck). Als Redner sind führende NPD- und JN-Köpfe angekündigt, wie der NPD-Bundesparteivorsitzende, *Udo Voigt* und der stellvertretende Bundesvorsitzende der JN, *Sascha Rößmüller*.

Seit zwei Jahren versuchen die FaschistInnen, insbesondere die NPD / JN, den internationalen ArbeiterInnenkampftag (1. Mai) für ihre völkisch-nationale und rassistische Propaganda zu mißbrauchen und an diesem Tag bundesweite Naziaufmärsche zu organisieren. Auch das diesjährige Motto des Naziaufmarsches entspricht gänzlich der rassistischen NPD-Ideologie ("Arbeitsplätze zuerst für Deutsche"). Der Naziaufmarsch in Bremen ist Teil des Wahlkampfes zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im Juni, zu denen sich auch die NPD aufstellen läßt. Außerdem erhofft sich die NPD, wie Wrieden in einem Radio Bremen Interview mitteilte, eine Stärkung und Bindung der Parteistruktur.

Nach Bekanntgabe des Naziaufmarsches und der Route formierte sich bereits breiter Widerstand, um den Nazis am 1. Mai nicht die Straße zu überlassen. Ein großes antifaschistisches Bündnis wurde ins Leben gerufen, das die verschiedensten Gruppen und Initiativen aus dem linken und alternativen Spektrum, von antifaschistischen und antirassistischen Gruppen über PDS und Friedensgruppen bis zu Gewerkschaften (insgesamt ca. 30 Gruppen), umfaßt. Das Bündnis "Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen" fordert ein Verbot des Naziaufmarsches. Außerdem ist eine Demonstration am 1. Mai geplant und es wird dazu aufgerufen den Naziaufmarsch zu verhindern.

Der Betriebsrat von Daimler-Chrysler, DGB (Deutscher Gewerschafts Bund) und VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) fordern ebenfalls von der Bremer Innenbehörde ein konkretes Verbot des Naziaufmarsches, was zum Teil auch von den etablierten Parteien unterstützt wird. Holger Apfel, Bundesvorsitzender der JN, kündigte bereits, für den Fall eines Verbotes, den Gang durch alle Gerichtsinstanzen an, um den Aufmarsch durchzusetzen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres (1.Mai in Leipzig, das Verbot wurde gerichtlich wieder aufgehoben, da auch hier der Aufmarsch als Wahlkampf deklariert war) ist davon auszugehen, daß die Nazis trotz der Forderungen nach einem Verbot des Aufmarsches marschieren dürfen.

All dies läßt nur einen Schluß zu:

Kein Fußbreit den FaschistInnen, weder in Tenever, noch in Sebaldsbrück - weder in Bremen, noch anderswo - weder am 1. Mai, noch an jedem anderen Tag!

Beteiligt Euch an den antifaschistischen Gegenaktionen!

Gemeinsam den Naziaufmarsch verhindern!!!

Antifa - Plenum zum 1. Mai

Kontakt: Infoladen Umschlagplatz, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen
oder auch (Bündnis Kein-Naziaufmarsch in Bremen)
http:www.vvn-bda.de/bremen

Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in der anarchistischen Szene Russlands

Seit November 1998 wird die anarchistische Szene Russlands mit einer Repressionswelle überzogen, die bislang zu drei Verhaftungen mit zu erwartenden Gerichtsprozessen und langjährigen Haftstrafen geführt hat, und deren Folgen für die radikale Linke in Russland noch nicht abzusehen sind.

Im November wurden nach Hausdurchsuchungen in der südrussischen Stadt Krasnodar zunächst drei AnarchistInnen verhaftet. Zwei von ihnen, Marina Randina und Gennadij Nepschikujew, sitzen seitdem im Knast und werden beschuldigt, Sprengstoff besessen bzw. transportiert zu haben. Der dritte Verhaftete, ein tschechischer Anarchist, wurde aus Russland ausgewiesen. In den vom lokalen Gouverneur Nikolai Kondratenko kontrollierten Regionalzeitungen wird die Behauptung aufgestellt, die Beschuldigten hätten einen Anschlag auf den extrem nationalistischen und antisemitischen Gouverneur geplant.

Anfang Februar folgten zwei Hausdurchsuchungen bei Moskauer AnarchistInnen. Während eine Frau unter der Beschuldigung verhaftet wurde, Sprengstoff an die Krasnodarer Beschuldigten übergeben zu haben, wurde ein weiterer Betroffener nach der Durchsuchung seiner Wohnung und der Beschlagnahmung verschiedenster Materialien (Computer, Adressbücher, Zeitschriften etc.) ausschließlich als Zeuge verhört. Die verhaftete Frau, Larisa Schiptsowa, wurde nach Krasnodar überstellt und sitzt seitdem dort im Knast. Ende Februar wurden dann die Wohnungen von weiteren AktivistInnen aus Krasnodar durchsucht.

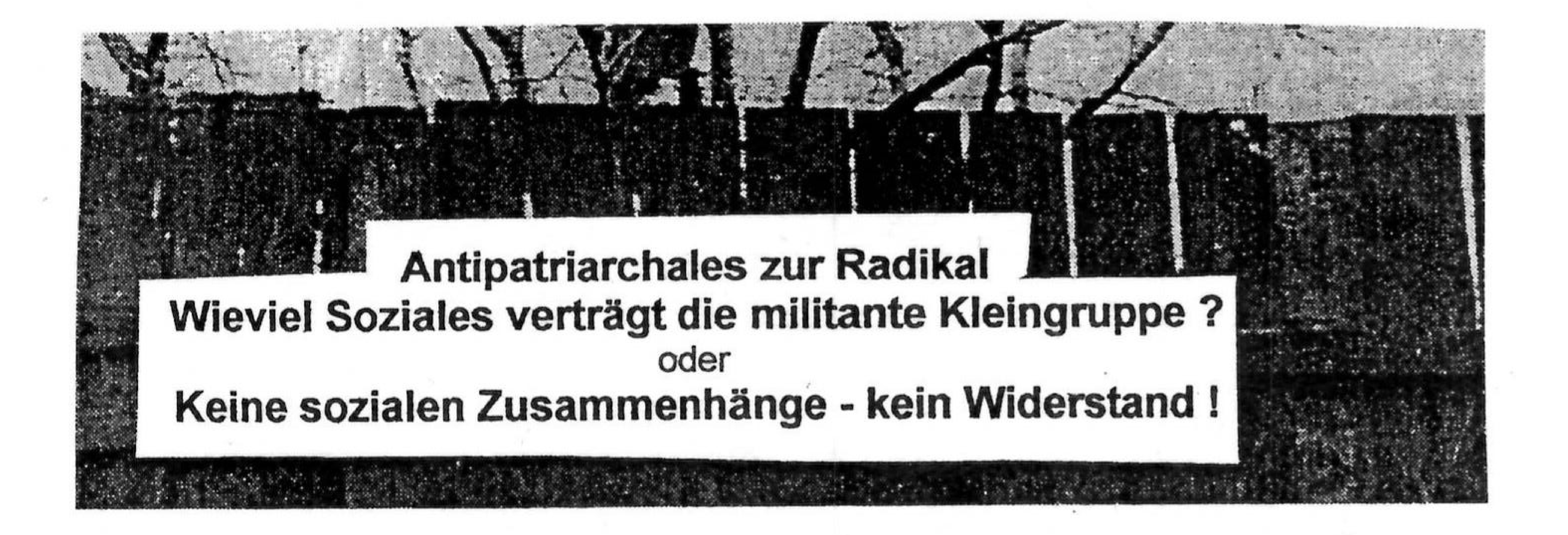
Von russischen AnarchistInnen wird die Situation so eingeschätzt, daß der von ihnen als paranoid antisemitisch bezeichnete Gouverneur den zusammenkonstruierten „Fall" als versuchten Anschlag auf sein Leben präsentieren wird. Kondratenkos Hang zu Verschwörungstheorien könne jetzt unabsehbare Folgen für die Betroffenen haben. Zu Kondratenko wird gesagt, daß dieser öffentlich nationalistische und antisemitische Äußerungen abgäbe und de facto die regionalen Faschisten unterstütze. Insofern sei es keine Überraschung, daß die Krasnodarer AnarchistInnen, die auch aktive AntifaschistInnen seien, zu einem guten Ziel für die Repression geworden seien.

Die nach den Verhören der MoskauerInnen geäußerten Befürchtungen, der russische Geheimdienst FSB würde die Gelegenheit nutzen, um mit der Konstruktion einer „Moskauer Gruppe" des „Falles Krasnodar" breiter gegen die Moskauer Szene vorzugehen, bestätigte sich bisher nicht. Bisher liegt die Verantwortung für das gesamte Verfahren bei der Krasnodarer Regionalabteilung des FSB.

Die verhafteten AnarchistInnen haben bereits mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einerseits sind die Haftbedingungen in russischen Gefängnissen grundsätzlich katastrophal, worunter insbesondere die im dritten Monat schwangere Larisa Schiptsowa zu leiden hat (vor allem, was die Ernährung betrifft). Andererseits ist es extrem schwierig, AnwältInnen zu finden bzw. dafür zu sorgen, daß diese die Beschuldigten auch vertreten dürfen. Zunächst wurde in Krasnodar ein Moskauer Anwalt zu Marina Randina gar nicht vorgelassen, so daß sie einen dem FSB genehmen örtlichen Anwalt akzeptieren mußte. Der Moskauer Anwalt von Larisa Schiptsowa, Stanislaw Markelow, erregte das Interesse der Krasnodarer Strafverfolgungsbehörden so sehr, daß die letzten Hausdurchsuchungen bei den Personen stattfanden, mit denen er bei seinem Besuch Kontakt gehabt hatte, und diese auch zu ihren Kontakten mit dem Anwalt befragt wurden. Markelow ist bereits als Verteidiger in politischen Prozessen in Erscheinung getreten. Es scheint Hinweise darauf zu geben, daß Markelow vom FSB aus dem Krasnodarer Verfahren gedrängt werden soll.

Die Antirepressionsarbeit in Russland befindet sich noch in den Anfängen. Eine anarchistische Unterstützungsgruppe für politische Gefangene entsteht momentan erst. Bisher konnten einige Berichte in den Medien plaziert werden. Erschwert wird die Arbeit der UnterstützerInnen auch dadurch, daß viele AktivistInnen vom FSB vorgeladen werden und trotz der Versuche weniger, eine Aussageverweigerungskampagne durchzuführen, dabei scheinbar immer wieder Aussagen gemacht werden, mit denen andere belastet werden. Die russischen UnterstützerInnen der von den Verhaftungen und Durchsuchungen Betroffenen halten für die dringendsten Aufgaben, Lebensmittelpakete in die Knäste zu schicken, Öffentlichkeitsarbeit zu machen und für Maria Randina eine Anwältin oder einen Anwalt zu finden, was vermutlich Reisekosten aus Moskau oder einer anderen Stadt verursachen wird. Sie bitten um politische (Verbreitung der Informationen, das Senden von Protestschreiben, Kundgebungen vor russischen Botschaften etc.) wie auch finanzielle Unterstützung.

Protestschreiben können an den Krasnodarer regionalen Staatsanwalt A.N.Schkrebetz per Fax gesendet werden (Fax-Nummer: 007/8612/683095). Wer direkt Kontakt mit den russischen UnterstützerInnen aufnehmen möchte, wende sich auf russisch oder englisch an folgende e-mail-Adressen: koalabear@glasnet.ru, kosmos@glasnet.ru, aln@glasnet.ru
In Berlin können weitere Informationen unter folgender Adresse erhalten werden: Osteuropa-AG, Yorckstr. 59, 10965 Berlin



Nicht nur an die Herausgeber der Broschüre „ehemaligen Mitarbeiter der Radikal" zum „Davor und Danach des 13.6."
Diskussionsvorschlag zur politischen Bestimmung der Radikal, gerichtet an die Militanten, Autonomen, (Sozial-)Revolutionäre und Feministinnen und Antipatriarchalen und alle anderen, die noch immer von einem anderen Leben träumen.

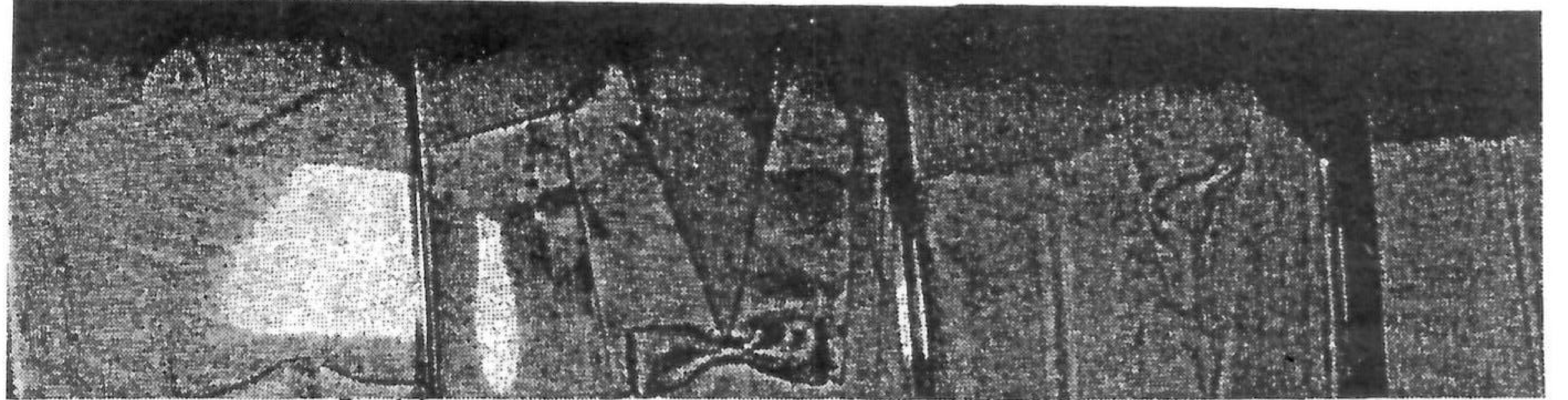
Dieses Papier hat nicht den Anspruch, einzelne Passagen Eurer Veröffentlichung zum Thema einer Diskussion zu machen. Uns geht es um den gesamten Eindruck, den es bei uns hinterlassen hat.
Uns selber ist das Innenleben militanter oder klandestin-organisierter Kleingruppen nicht fremd, und wir kennen auch die oftmals selbstherrliche Arroganz und Selbstbezogenheit, mit der Kleingruppen der 70er und 80er, aktionistische Politik betrieben. Wir kennen das Durchziehertum und wissen um den Druck, den sich Militante untereinander machten und mit dem sie sich und ihr Umfeld nur all zu oft funktionalisierten. Wir wissen um Dominanz und patriarchale Strukturen, sowohl im öffentlichen Bereich als auch im Klandestinen. In klandestinen Projekten, die ständig mit der Repression einen Umgang suchen und sich aus diesem Grund verdeckt organisiert haben, wiegen diese revolutionären Untugenden und Unfähigkeiten allerdings doppelt schwer.
Auch kennen wir die Unverantwortlichkeiten einzelner/mehrerer in militanten Strukturen, die oft nicht leicht zu entschuldigen oder zu verzeihen sind.
Aus der Kenntnis dieser Umstände heraus und aus einer - ihr mögt verzeihen - unverbesserlichen Haltung heraus, Militanz und klandestine Organisierung für unverzichtbare Optionen fundamentaloppositionellen Widerstandes gegen jedwede Herrschaftsform zu halten aus eben dieser Haltung heraus ist die nachfolgende Kritik zu verstehen.
Den einen ist die nachfolgende Kritik zu scharf, da sie nicht fern der eigenen Situation eingeordnet wird. Es seien erst einmal Fragen an die eigene Praxis zu stellen, bevor wir zu so einer scharfen Kritik berechtigt wären. Den anderen kann sie nicht scharf genung sein. Aus genauerer Kenntnis des Desasters vom „Davor und Danach" wird die Aufarbeitung „einiger Ehemaliger" als unglaubwürdig und gar verlogen eingeordnet. Außerdem wird bemängelt, daß die Aufarbeitung zu sehr am Tellerrand endet und im Subjektiven kleben blieb, als gäbe es kein gesellschaftliches Drumherum. Und als gelte es nicht den Bezug dazu herzustellen und als stände der Widerstand bzw. die Radikal im Luftleeren Raum, wird die ausschließliche Nabelschau gepflegt.

Die Zeitung „Radikal" war lange Jahre ein wichtiger Bestandteil der Szene, in den 80ern.
In den 90ern tat sie so, als hätte sich nichts verändert, und so veränderte sie sich selbst nicht. Nun zwang die Repression innere Widersprüche heraus, an denen sich Abgründe des Aussitzens innerer Widersprüche offenbart haben. Vielleicht ist es zu spät für eine Veränderung. Vielleicht gerade der rechte Zeitpunkt.
Dafür ist eine innere Reflexion nicht falsch.
Die Reflexion liest sich erschreckend; so vieles, was im Inneren der Radikal falsch gelaufen sein muß. Auch die Unmenge von strukturinternem Wissen der Radikal, die den Bullen in die Hände fiel, hinterläßt erstmal Sprachlosigkeit.
Anbetracht des Ausmaßes des Desasters vom 13.6. und seinen Folgen bleibt, ein unbefriedigendes Gefühl gegenüber der Reflexion durch einige Ehemalige der Radikal bestehen. Einerseits ist es gut, daß da was gekommen ist. Aber andererseits bleibt ein Loch. Und nicht zu gering. Fragen drängen sich auf:
Was nun? Wer kann daraus was lernen? Und wo geht es wie weiter? Wie würden andere die innere Struktur beschreiben? Wie würden andere auf dem Hintergrund einer antipatriachalen Verortung die inneren Strukturen kritisieren? Oder hat es diese Möglichkeit überhaupt gegeben? Welche Positionen haben sich innerhalb der Struktur eigentlich nie artikulieren können, weil sie derart minoritär waren, daß sie sich nie fanden oder sich verabschieden mußten?
Wurde die Kritik derer, die sich verabschiedeten, gehört? Oder waren sie auch immer schon durch den Abschied halbe VerräterInnen geworden?
Damit kein Mißverstehen aufkommt: Wir halten die Radikal oder ein vergleichbares Forum für wichtig und erhaltenswert. Nicht um jeden Preis. Aber eine Zeitung, die verdeckt erstellt wird, bietet noch die Möglichkeit, grundsätzliche herrschaftsoppositionelle Ansätze zu diskutieren. Daß Ansätze, die sich in Verbindung zu einer Praxis setzten oder eine solche anstreben (und nicht tatenlos und folgenlos bleiben wollen wie universitäre Diskurse), schnell in den Genuß von Observation und Kriminalisierung gelangen können, liegt in der Erfahrung linken Widerstandes (zu der Perspektive einer Zeitung unter den heutigen Bedingungen etwas später mehr).
Aber wir können nicht einschätzen, ob sich Euer Blick über das „Davor und des Danachs vom 13. 6." mit anderen Sichtweisen deckt, bzw. ob die sich noch artikulieren können. Uns stellt sich die Frage, ob Ihr selber nicht sehr bestimmend Teil der Machtstrukturen wart, Euch aber nun im Nachhinein in ein anderes Licht rückt. Und somit dadurch die Geschichte um ein „Davor und Danach" neu schreibt.

Manchmal, und das mag unlauter klingen, hat man den Eindruck, Ihr habt Euch ganz toll gefunden mit „Eurem" Projekt. Nach einem derart tiefen repressiven Eingriff läßt sich die Nase natürlich nicht mehr so hoch im Wind tragen, auch gerade weil die aufgebrochenen Widersprüchlichkeiten unter Euch zurecht Fragen aufgeworfen haben, die bis jetzt unbeantwortet blieben.
So wird z.B. zwar immer wieder die Verantwortung aller gesehen, die das „Davor und Danach" möglich machte, aber diejenigen, die sich an Absprachen und Direktiven hielten, kamen doch besser weg. Versteht uns nicht falsch; wir wollen Unverantwortlichkeiten nicht das Wort reden, und es kann nicht darum gehen, gebrochene Absprachen im Nachhinein zu rechtfertigen.



Vertrauen wird allerdings zu oft von zwei Seiten gebrochen, bzw. ist oft in der gewünschten Form nicht wirklich gegeben. Zumindestens muß dies als Frage in den Raum gestellt werden. Was ist schief gelaufen, wenn „das Erkennen von unglaublichen Wahrheiten und die unangenehme, neue Sicht auf die gemeinsame Geschichte“ die Verhältnisse untereinander prägte (Seite 14, Kapitel 3 unten)?
Haben sich die sozialen Verhältnisse der Beteiligten zueinander nicht erst durch die Repression offenbart?
Bestand jemals das Vertrauen, auf dem in der Form insistiert wurde, und was ist der Anteil jener, die immer alles richtig machten und moralisch „fein raus“ zu sein scheinen?
Ist nicht der Druck jener, die ein funktionales Verhältnis zu anderen hatten, maßgeblicher an dem „Davor und Danach“ beteiligt, als es den äußeren Anschein hat? Druck, Funktionalität und Durchziehertum (und nicht zu verwechseln mit Beharrlichkiet und Ausdauer) sowie Machstrukturen haben möglicherweise das Verhältnis der Menschen zueinander strukturiert und somit die möglicherweise inhaltliche (aber sozial,nicht ausgefüllte) Struktur, bzw. das Konzept der Zeitung hervorgebracht, sodaß wirkliches Vertrauen - ein auf menschliche Verhältnisse beruhendes Miteinander - gar nicht hergestellt war. Unzulänglichkeiten und persönliche Widersprüche von einzelnen in entsprechenden Projekten können so gar nicht gesehen werden, sind nur abstrakt und nicht sozial eingedacht. Die Bedingung für das Miteinander hat Bruchstellen.
In der Broschüre „ Der Einstieg in den Ausstieg“ (Broschüre, die die Anschläge auf den Flughafen Frankfurt praktisch, sozial und politisch auswertet und zur Diskussion stellt) wird die Frage aufgeworfen, wieviel Kollektivität eine militante Kleingruppe verträgt. Darin wird sehr klar das Problem skizziert, das sich ergibt, wenn es großen Vertrauens zueinander bedarf, aber die soziale Realität gegenläufig gelebt wird. Die Existenz der Kleingruppe ist dadurch infrage gestellt.



Hat die Radikalstrukur (bzw. jene, die das Gesamtprojekt überschauten) sich aber genau davor eher gedrückt und hat sie ihr Projekt in der Sache weitergetrieben, ohne dem sozialen Aspekt untereinander einen großen Raum zu geben? So erklärt sich unser Eindruck. Die Fragen innerhalb der Radikal, wie den „Delegierten“ nicht eine Position von zu großer Machtanhäufung zu geben sei, ist edel und formal richtig ist. Aber solange es offensichtlich punktuell/großflächiger an einem sozialen Verhältnis mangelte oder dieses über die Jahre verloren ging, war die Frage an der falschen Stelle beantwortet. Wie sonst ist Eure große Entäuschung zu verstehen, daß sich einige Menschen so gar nicht an Absprachen hielten und danach noch nicht mal Schadensbegrenzung betrieben oder sogar Fehler verschwiegen. Daß aus dieser Unfähigkeit keine Bereitschaft kommen kann, sich an einer politischen Aufarbeitung zu beteiligen, die in die Tiefe geht, erklärt sich fast zwangsläufig. So bleibt im Dunkeln, ob zwischen den persönlichen Überforderungen und den Anforderungen z.B. der Manager (für Sicherheit) ein sehr enger Zusammenhang bestand, das zentrales Thema der politischen Aufarbeitung hätte sein müssen.

Offensichtlich ebenso wie andere Gruppen, die sich sang- und klanglos auflösen - und nicht die entkollektivierende Stimmung zum Thema machen - hat das Projekt Radikal dieses Problem nicht erkannt. Die sang- und klanglos „Verschwundenen“ sind dafür zu kritisieren, daß sie einer politischen Verantwortung nicht mehr nachkamen. Das gilt vor allem für jene Zusammenhänge, die Orientierung sein wollten bzw. waren. Wenn das Ergebnis so aussieht wie bspw. die RAF-Auflösungserklärung, ist die Frage nach dem Nutzen sicherlich richtig. Schweigen wäre angebrachter als eine peinliche, womöglich den militanten Widerstand denunzierende Erklärung.
Es werden nur soziale Zusammenhänge sein, ob klandestin oder öffentlich organisiert, die lebensfähig und darum widerstandsfähig überdauern werden. Die anderen zerbrechen an ungelösten, inneren Widersprüchen und mangelnder gelebter Utopie oder halten den Druck repressiven Alltages oder staatlicher Repression nicht stand.

Auf die Frage „ob und wie wir die Auflösungsprozesse der militanten, autonomen Kleingruppen aufhalten oder umdrehen können“(Broschüre „Der Einstieg in den Austieg“ Seite 30, Ende) hier die Antwort. Wir müssen die sozialen Aspekte als einen zentralen Punkt in unseren Organisierungsansätzen betrachten. Diese Ansätze und unsere Existenz können wir nicht von der gesellschaftlichen Situation entkoppeln. Unsere Entkollektivierung deckt sich mit dem mainstream in der Gesellschaft. Deswegen muß das soziale Verhältnis, die Zerstörung des Sozialen und dessen Neuzusammensetzung unseren Widerstand bestimmen und der Zerstörung des Sozialen einen Widerstand entgegensetzten, der diese Zerstörung angreift. Dabei geht es nicht (nur) darum, die Auswirkungen im Alltag nabelschaumäßig an unseren sozialen Verhältnissen zu sezieren, sondern dieses Wissen in gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. Diese gesellschaftlichen Bedingungen anzugreifen, heißt dann im Umkehrschluß auch, die eigenen sozialen Bedingungen politisieren und revolutionieren zu wollen. Das heißt überhaupt erstmal, das gesellschaftliche Ausmaß durch z.B. Neue Technologien, neue soziale Ausbeutungsverhältnisse, Neuorganisierung von Gesellschaft und Staat etc. zu erkennen, auf unsere Strukuren zu übertragen, um unsere eigene Niederlage in Anbetracht patriarchaler Neuformierung zu verstehen.
Das heißt, durch unseren Widerstand dagegen auch nach neuen lebbaren Utopien im Hier und Jetzt zu suchen zu beginnen, anstatt so weiter zu machen wie bisher oder sich entpolitisiert oder vereinzelt zurückzuziehen.
Wir brauchen eine Situation des Vertrauens, die es ermöglicht, die eigene Widersprüchlichkeit zur Herrschaft anzusprechen und Wege anzudiskutieren, die Auswege sein könnten. Wir müssen wieder diskutieren lernen und uns dafür annehmbare Rahmen schaffen, in denen wir auch unsere Schablonenhaftigkeit ablegen können. Erst wenn wir den „Feind“, die soziale Wirkung seiner Angebote, die wir reichlich nutzen, erkennen, können wir die Waffen schmieden, mit denen wir die herrschaftliche Macht und Einfluß auch über unser Leben brechen können. Die aktuelle Zerstörung des Sozialen und deren Neuzusammensetzung ist eben nicht so einfach verstehbar wie eine leere Geldbörse und Hunger. Die Erkenntnis, daß Herrschaft durch uns durch geht, gehört zwar zur Erkenntnis vieler, die sich mit Rassismus beschäftigt haben und einiger, die sich mit Sexismus beschäftigten, aber eine politische Strategie gegen diese durch uns durchgehende Herrschaft ist uns bislang noch nicht gelungen. Aussitzen oder einfache Antworten haben die Welt nicht verändert.

Eine Bombe formt sich ja nicht aus dem Bekenntnis des berühmten Satzes: „Wir haben heute..." sondern ist gefüllt mit dem Sprengstoff „Wir haben eine Idee davon, einen gesellschaftlichen Widerspruch aufzulösen"...die uns befreit und unsere sozialen Bedingungen verbessert. Da wird der Weg zum Ziel und die Tat kann nur Ausdruck davon sein, wenn Weg und Ziel als etwas gemeinsames wahrgenommen werden.

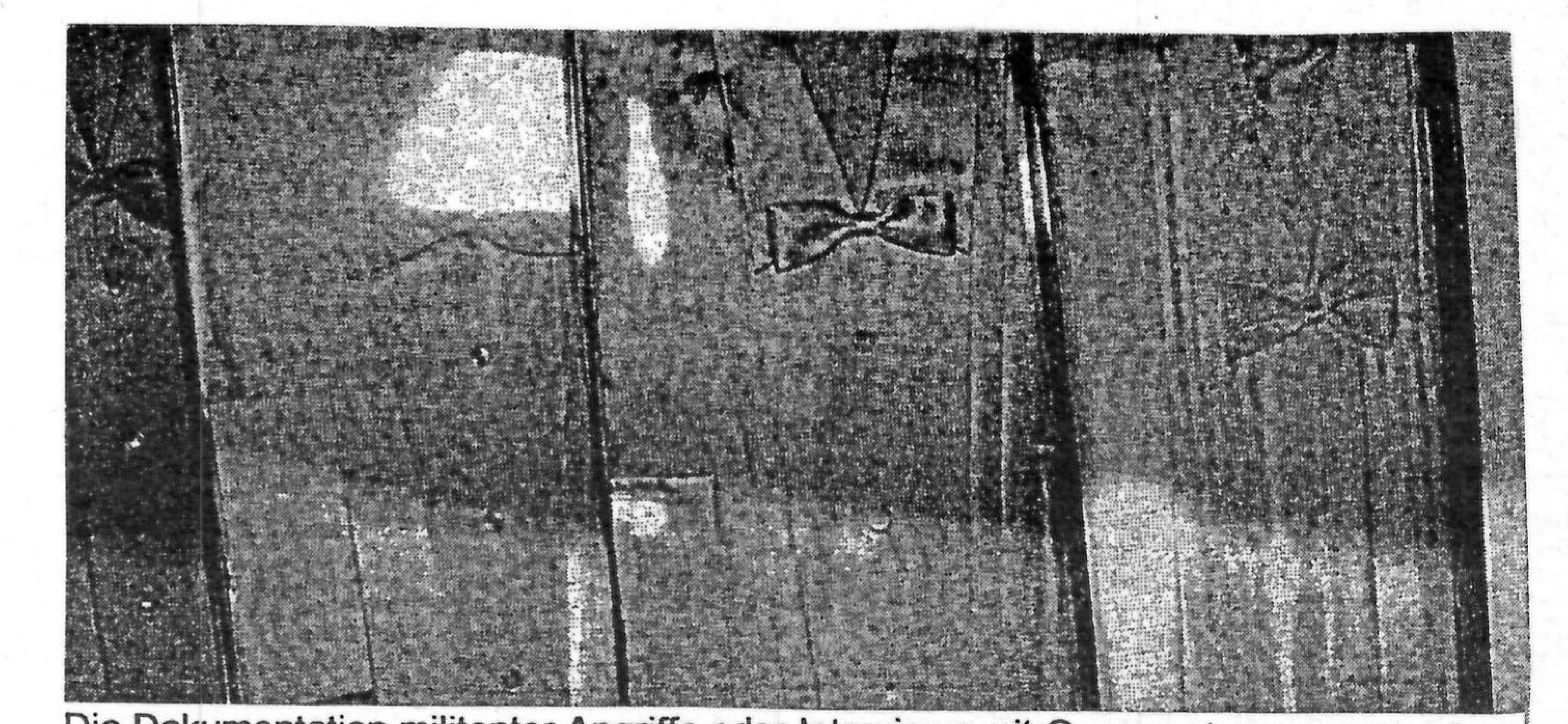
Die Benennung des Sozialen als den entscheidenden Knackpunkt in der Repression gegen die Radikal hätten wir als das Übernehmen einer Verantwortung verstanden, die die Auseinandersetzung um das Desaster vom 13.6. an den richtigen Punkten ansetzt. So bleibt die Aufarbeitung immer wieder hilflos, ohne die letzlich schlüssige Antwort für die Niederlage zu liefern. So jedenfalls erscheint es.
Die Radikal hat sich in ihr geschriebenes Wort möglicherweise zu sehr verliebt und den Zusammenhang dazu verloren, daß die Radikal der 80er (und vielleicht auch noch die Radikal bis Mitte 90er) gelebtes Leben und Widerstand ausdrückten. Die Bewegung im weitesten Sinne (und das haben wir womöglich selber vergessen) war eine soziale Explosion. Sie hat sich an Lebensformen herangewagt, die reale soziale Widersprüche zum Thema machte. Es war der Anspruch Herrschaft Leben zu entreißen! Nie genug! Der Sexismus und Machtstrukturen funktionierten prächtig, waren auch Einfallstore des Patriarchats in unsere Versuche neuen Lebens.
Trotzdem waren Worte auch geformtes Leben. Die Existenz dieser oder einer anderen Radikal hat Ihre Berechtigung mit gelebtem Leben. Das sollte ein Teil ihrer Funktion für die nähere Zukunft sein: Sich an die Knackpunkte unseren Widerstandes zu machen, dem Sozialen eine ganz andere Bedeutung beizumessen und auf allen Ebenen in eine Neubestimmung radikaloppositionellen Widerstandes diskussionsmäßig und möglichst spektrenübergreifend einzuleiten.



Dem Forum radikale Zeitung kommt eine Sammlung aller Militanten bzw. versprengten Militanten (begrifflich im weitesten Sinne gemeint) an der Perspektivfrage nach einer/mehreren Strategien zu, die nicht in Abgrenzung sondern in bewußten Bezug zueinanderstehen !



Es geht darum, die politisch zentralen Fragen zu sammeln und zueinander in Beziehung zu setzen. Welches sind die Themen, die von unterschiedlichen Positionen aus, zusammengefaßt werden können? Wie können aus dieser Sammlung Prozesse entstehen, die die Entkollektivierung aufheben und bewußte Erfahrungen möglich machen? Es geht um die inhaltliche Diskussion um Organisierungskonzepte, die der gesellschaftlichen Realität Rechnung tragen. D.h. sie müssen sozial stimmig und lebbar sein, um Ausgangsbasis neuer militanter Angriffe (wieder im weitesten Sinne) sein zu können! Das ist wahrlich keine geringe Aufgabenstellung, aber sie ist verdammt spannend. Für die Radikal wäre das eine unmittelbare perspektivische Ausrichtung, für alle Unzufriedenen der Anfang, sich erst einmal zu sammeln und zu reflektieren, um in die Genuß offensiver Strategien zu kommen.



Die Dokumentation militanter Angriffe oder Interviews mit Gruppen tragen nur noch bedingt und gehen zurück. Darauf wird sich ein Zeitungsprojekt vergleichbar der Radi kaum noch beziehen können. Solange diese Struktur aber noch handlungsfähig ist, hat sie die Chance, Perspektivdiskussionen von grundsätzlich systemoppositionellen Ansätzen her einzuleiten. Wir alle, die wir noch immer nach einem anderen Leben hungern, sind aufgefordert, sich mit der Neubstimmung des Politischen auseinanderzusetzen und unsere Beiträge oder auch nur fragmentarische Ideen zu liefern, die wir für wertvoll erachten. Wir sind aufgefordert, zu überlegen, wie eine solche Auseinandersetzung aussehen/strukturiert werden kann, ohne auszugrenzen und doch nicht beliebig zu werden und wie sie geführt werden könnte...Und das Medium „Radikal" und deren MacherInnen nicht alleine zu lassen nach dem Desaster des 13.6..

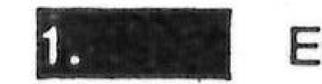
„Gegen das weiße Ich müssen die Erfahrungen kommunitären (und das heißt zwingend antipatriarchalen) Widerstandes auch in die Metropolen zum Leben erweckt und neu gemacht werden, um gegen die Maschinen-Männer der Jahrtausendwende und ihre Projekte direktes und gemeinsames soziales Leben vorstellbar und lebbar zu machen. Die Revolution ist nicht an andere Subjekte zu verweisen; wir müssen unseren Anteil an ihr suchen. Die Revolution ist kein Kampf um Instrumente gesellschaftlicher Macht, sondern ein Kampf um herrschaftsfreies Leben, der alltäglich stattfindet." (Gruppe PatEx in der Interim Nr. 338, 29. Juni 95, in der das Problem der Sozialen am Beispiel der Häuserbewegung bzw. an der technologischen Durchdringung sozialer Lebenszusammenhänge beschrieben wird)
„Wie können wir gegen den Zusammenbruch des Sozialen eine Utopie entwickeln, die eine (...)lebendige Position (...) und Basis von Widerstand sein kann?" (Frei nach Flammenden Herzen, Militante antipatriarchale Gruppe in Radikal 154)

Geschrieben aus der Welt des Unsichtbaren,
Gruppe„y2k",
-für einen sozialrevolutionären antipatriarchalen Widerstand!
-schafft ein, zwei, drei...viele antipatriarchale Zusammenhänge!

Bericht vom Koordinierungstreffen am 28.2.99 für einen Castor-Transport aus Lingen

Anwesende Gruppen:
„Nix geht mehr" Gelsenkirchen; Anti-Atom-Gruppe Bergisches Land; Initiative für Gewaltfreie Energien Osnabrück; OlgA Oldenburg; Regionalkontakt X-quer Lüchen; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen; UWL Lingen; Anti-Atom-Forum Emsland; BI „Horstmar gegen Atommüll"; InfaM; Anti-Atom-Plenum Bochum; WigA Münster; sowie Einzelpersonen.

Tagesordnung:
1. Einschätzung der Lage
2. Aufgaben des Koordinierungstreffens Lingen
3. Überlegungen und Vorbereitungen für die Strecke Lingen-Münster
4. Aktionstag in Lingen



1. Einschätzung der Lage:

Die Frage, ob der nächste Castor aus Lingen kommen könnte, wurde unterschiedlich eingechätzt. Einen Castor von Lingen nach Ahaus hielten die meisten Gruppen für unwahrscheinlich, obwohl ein Antrag für einen solchen Transport vorliegt. Desweiteren haben die Betreiber noch zwei Transporte in die WAA Sellafield angekündigt. Das erschien vielen als wahrscheinlicher, da ein solcher Transport der Bevölkerung eher als Schritt in Richtung Ausstieg verkauft werden kann.
In einem Artikel in der jungen Welt ist die Rede von sechs Castoren, die sich in Lingen auf dem Kraftwerksgelände befinden würden. Dies konnte nicht bestätigt werden, hier müssen noch Informationen eingeholt werden. Unklar ist außerdem, ob das Beladeverbot für Castor-Behälter auch für Lingen gilt, da in Lingen schon seit längerer Zeit das Verfahren mit der Plastikummantelung eingesetzt wird.
Es gibt Berichte, daß für Ende März/Anfang April eine Urlaubssperre für die NRW- Bullen verhängt worden sei. Wieviel an dieser Info dran ist, und ob diese Urlaubssperre für einen Castor-Transport vorgesehen ist, ist unklar. Einige Gruppen hielten Transporte von anderen Standorten für wahrscheinlicher. Die Rede war von Phillipsburg, wo eine Probebeladung stattfand, nach La Hague, von Rheinsberg nach Greifswald und von Rossendorf nach Ahaus.
Außerdem wurde vermutet, daß nach den nächsten Konsensgesprächen am 9.3. der Transportstopp aufgehoben werden könnte und von dem Zeitpunkt an wieder Castoren rollen könnten.



2. Aufgaben des Koordinierungstreffens:

Es herrschte Einvernehmen darüber, daß sich das Koordinierungstreffen ausschließlich mit den Vorbereitungen für einen möglichen Castor-Transport vom AKW Lingen befaßt, und nicht zum geplanten Standortzwischenlager in Lingen arbeitet. Für eine Struktur für das Zwischenlager wird separat überlegt.
Eine regionale Vorbereitung für die Strecke Lingen-Münster wurde auf jeden Fall als sinnvoll erachtet, auch wenn einige Sachen überregional vorbereitet und koordiniert werden sollten. Besonders bei WAA-Transporten sollten auch bundesweite Strukturen genutzt werden. Auch sollten Sachen wie EA, Volksküche, Streckenkoordination usw. möglichst überregional koordiniert werden. Ein Vorschlag dazu waren bundesweite Arbeitskreise zu diesen Punkten. Ein Mix zwischen regionaler und überregionaler Vorbereitung wird aber auf jeden Fall immer notwendig sein, da es bei vielen Sachen keine bundesweiten Strukturen gibt, und einige Sachen so oder so regional vorbereitet werden müssen.
Das Koordinierungstreffen Lingen konzentriert sich bei den Vorbereitungen auf die Strecke Lingen-Münster, da dies sowohl bei einem Transport nach Ahaus als auch nach Sellafield die einzig mögliche Transportstrecke ist, ein Umfahren ist kaum (nur mit langen Umwegen) möglich.



3. Überlegungen und Vorbereitungen für die Strecke Lingen-Münster

➔Vorstellungen der einzelnen Gruppen:
Die Vorstellungen der einzelnen Gruppen, was sie in Bezug auf einen Lingen-Transport machen wollen und können, waren sehr unterschiedlich, zum Teil noch ziemlich unkonkret. Klar war nur, daß sich viele Gruppen auf irgendeine Art und Weise an den Vorbereitungen beteiligen wollen. Einige Gruppen hatten schon Überlegungen angestellt in Bezug auf Campvorbereitung, mobile Strukturen u.a.
Um die Vorbereitungen zu konkretisieren, wurde eine Liste mit Punkten erstellt, zu denen die einzelnen Gruppen bis zum nächsten Treffen überlegen sollen, inwieweit sie sich einbringen wollen und können.

➔X-tausendmal quer:
Einige Gruppen, die bei X-quer mitarbeiten, erklärten die Absicht von X-quer, ein Camp zu machen, das auf die Bedürfnisse der Aktion ausgerichtet ist. Ausgehend von diesem Punkt wurde diskutiert, ob X-quer ein eigenes Camp machen kann oder nicht. Seitens X-quer wurde betont, daß der Wille zur Zusammenarbeit besteht, daß es sich bei ihrer Aktion um eine spezielle Aktionsform handelt, die sich vorwiegend an Unorganisierte richtet, und deshalb eine gute Info-Struktur braucht, die schließlich irgendwo beheimatet sein müsse. Selbstverständlich könnten auch andere Gruppen das Camp nutzen. Da es aber wenig Strukturen zur Campvorbereitung gebe, wolle mensch das Camp „am liebsten selbst hochziehen".
In dieser Beziehung wurde von anderen an den Beschluß vom X4-Transport erinnert, bei dem gesagt wurde, daß es keine „speziellen" Camps geben sollte, sondern daß alle Camps von allen genutzt werden. Es wurde auch kein Grund gesehen, davon Abstand zu nehmen. So wurde also gesagt, daß das Camp, das die X-quer-Struktur beheimatet, nicht „X-tausendmal-quer-Camp" heißen soll und daß es dort die Möglichkeit einer Parallelstruktur für andere Gruppen geben muß, also praktisch: die X-quer-Struktur als Eine unter Vielen. Dieses Vorgehen fand allgemeine Zustimmung.

➔Camps und Aktionen an der Strecke:
Es wurde die Frage diskutiert, ob wir überhaupt Camps (im „traditionellen" Sinne) brauchen oder nicht. Camps als Anlaufpunkte, besonders für Unorganisierte, sind zwar wichtig, es sind aber eine Reihe von Punkten zu beachten. So wurde angeregt, Aktionen und Infostrukturen von den Campstrukturen zu lösen, um nicht bei einer Campräumung alle Strukturen zu verlieren, wie beim Tag X in Ahaus geschehen. Es sollte Wert auf Mobilität gelegt werden, z.B. in Form von mobilen Infopunkten, die untereinander vernetzt sind. Eine Konzentration sollte dabei vermieden werden, um einen „Sogeffekt" nach Lingen oder nach Ahaus (bei Ahaus-Transport) zu verhindern. Die Frage ist also: Wieviele Camps brauchen wir an der Strecke und wo sollten diese am sinnvollsten errichtet werden? Hierzu gab es die Einschätzung, daß die Errichtung von Camps erst zwischen Lingen und Emsbüren sinnvoll ist, und zwar erst auf der „anderen" Seite der Ems. Vorher ist die Strecke von der Polizei gut abzuriegeln, so daß es kaum möglich sein wird, überhaupt an die Strecke, geschweige denn vors Tor zum Gleisanschluß, zu kommen. Es wurden schon vorab Anfragen wegen einer Campwiese bei verschiedenen Bauern gestellt, die Reaktion fiel positiver aus als erwartet. Es ist nun die Aufgabe der ortsansässigen Gruppen, sich die Strecke genauer anzugukken, wo gute Voraussetzungen für Camps und/oder Aktionen gegeben sind (Hoch- / Tieftrassen, Zugänglichkeit für Fahrzeuge usw.).

➔Schwerpunkt Münster ?
In der letzten Einladung wurde Münster als ein Schwerpunkt des Streckenkonzeptes vorgeschlagen. Die Idee dabei war, möglichst viele unterschiedliche Widerstandsformen (in Stadt und Land) zu schaffen. In Münster würde sich die Möglichkeit der dezentralen Unterbringung bieten, die für die Polizei schwerer zu kontrollieren ist. Einige MünsteranerInnen haben damit allerdings Probleme, so daß bis zum nächsten Treffen noch geklärt werden muß, ob so etwas in Münster möglich ist.



4. Aktionstag in Lingen

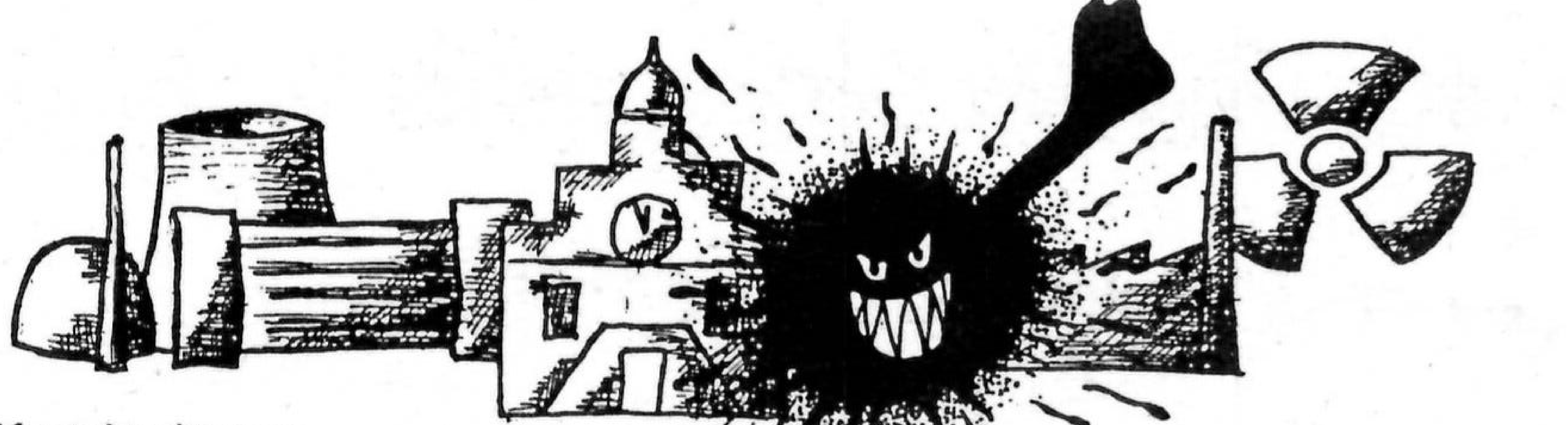
Von einer Lingener Gruppe wurde vorgeschlagen, anläßlich des Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe einen Aktionstag in Lingen zu machen, zu dem größer mobilisiert werden sollte. Diese Idee wurde verworfen, da zum Tschernobyl-Tag bereits bundesweite Aktionen in Gronau laufen. Ein Aktionstag in Lingen wurde aber dennoch für sinnvoll gehalten. In Ahaus jedenfalls war der Schienenaktionstag vor dem Transport ein Durchbruch für den örtlichen Widerstand. Auch in Lingen könnte ein Aktionstag dazu beitragen, die Bevölkerung für den Widerstand zu sensibilisieren und zu motivieren. Ein Aktionstag sollte allerdings nicht aus dem luftleeren Raum heraus erfolgen, sondern sollte durch Infoarbeit in der Bevölkerung vorbereitet werden. Die Gruppen des Koordinierungstreffens (und andere interessierte Gruppen) sind aufgefordert, sich auch zu diesem Punkt Gedanken zu machen.
Aktuell: Das Vernetzungstreffen Lingen, das jeden zweiten Freitag im Monat in Lingen stattfindet, hat als Termin für einen Aktionstag den 26.Juni beschlossen und einen groben Rahmen vorgegeben. Treffpunkt soll um 11.00Uhr am Bahnhof sein, es sollen Aktionen in der Stadt folgen. Danach ist dann um 14.00 Uhr Treffpunkt am Haupttor des AKW, folgen sollen Aktionen an den Atomanlagen. Eine Wiese in der Nähe wird gesucht, die als Rückzugsraum und als Platz für Konzert, Infostände u.a. genutzt werden soll. Dieser Rahmen muß nun gefüllt werden. Ein vorläufiges Flugblatt wird erstellt, das den Termin schon mal im Vorfeld bekanntgeben und Gruppen zur Mitarbeit am Aktionstag aufrufen soll.

Bericht: Autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen



Vorschlag für eine Tagesordnung fürs nächste Treffen:

1. Organisatorisches (Verteiler, Finanzen, Protokoll)
2. Transport-Vorbereitungen (Stand der Dinge, Vorstellungen der Gruppen)
3. Aktionstag in Lingen



Neue Kontaktadresse:
autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen, c/o Wagenburg, Am Kohschultenhof 2, 49808 Lingen, Tel: (0172) 53 17 515
Spendenkonto: Sparkasse Darme, Konto: 106 022 742, BLZ: 266 500 01

Einladung

zum nächsten Koordinierungstreffen für einen Castor-Transport vom AKW Lingen

Hiermit laden wir alle interessierten Gruppen zum zweiten Koordinierungstreffen für einen Castor-Transport vom AKW Lingen ein. Auf dem ersten Treffen am 28.2. haben sich einige Gruppen eingefunden, die zu einem Castor-Transport von Lingen nach Ahaus oder Sellafield arbeiten wollen. Nun soll das Koordinierungstreffen regelmäßig (monatlich) stattfinden. Es soll dabei um die konkreten Vorbereitungen für die Strecke Lingen-Münster gehen. Nachdem auf dem ersten Treffen zunächst eine erste Einschätzung der Lage und der Möglichkeiten/Vorstellungen der einzelnen Gruppen vorgenommen wurde, sollen die Vorbereitungen nun konkreter werden. Einige Punkte wurden aufgestellt, zu denen sich die interessierten Gruppen bis zum nächsten Treffen Gedanken machen sollen. Diese Punkte sind:

★ EA
★ Infotelefon
★ Infopunkte / mobile Infotische
★ Pressearbeit
★ Verpflegung
★ Sanis
★ Wiesen für Camps
★ Wasser, Stromversorgung
★ Finanzen
★ MelderInnenstruktur

Zu überlegen ist auch, ob die Leute, die EA, Sanis oder andere nicht unbedingt regional bezogene Aufgaben übernehmen wollen, sich vorstellen können, dies auch in dem Fall zu machen, wenn der nächste Castor nun ganz woanders rollt.
Also hier die Aufforderung, natürlich auch an Gruppen, die nicht auf dem ersten Treffen waren: Überlegt Euch, was ihr machen wollt und könnt. Das nächste Treffen findet statt am:

Sonntag, 28.März 1999 um 13 Uhr

in der Baracke, Scharnhorststraße 100, Münster

Wegbeschreibung:
Vom Bahnhof: Buslinie 10 Richtung Roxel bis Sperlichstr. Dann direkt rechts am Parkplatz (Platz der weißen Rose) und dem großen Hörsaal vorbei bis zum Aasee, dann links um den Hörsaal herum, bis zum Gebäude, das wie eine BARACKE aussieht.
Mit dem Auto von Süden: A1 bis Autobahnkreuz MS Süd, runter auf die B51 Richtung Münster immer geradeaus, dann die Weseler Str. (Verlängerung der B51), dann links der Koldering, dann rechts in die Scharnhorststr. (bevor Ihr über den Aasee fahrt). Nach ca. 100m kommt links ein Parkplatz (Platz der weißen Rose), ab dann wie oben.
Mit dem Auto von Norden: A1 bis Autobahnkreuz MS Nord, runter auf die B54, die wird zur Steinfurterstr. immer weiter folgen (wird zu Neutor, Hindenburgallee, Am Stadtgraben, Weselerstr.) dann direkt hinter dem Aasee rechts in die Bismarckallee, nächste links in die Körnerstr., nächste rechts in die Scharnhorststraße. Nach ca. 400m kommt rechts ein Parkplatz (Platz der weißen Rose), ab dann wie oben.

Info für die Hosentasche, das Adressbuch, zum weitersagen und veröffentlichen

Der Ermittlungsausschuß Gorleben hat eine ⇒ neue ⇐ Telefonnummer:

Tel: 0 5849 - 97 10 30

FAX: 05849 - 9710 31

Bürozeiten:
Freitags von 9.00 - 11.00 Uhr
ansonsten kann der Anrufbeantworter besprochen werden

Postanschrift (wie gehabt):
c/o Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Drawehner Str. 3
29439 Lüchow

Bankverbindung:
Ermittlungsausschuß Gorleben
Volksbank Clenze, BLZ 258 619 90
Konto. 129 45 300

N

SV Güstrow 76:127 13
Motor Meerane 89:159 10
ıu-Weiß Berlin 81:118 4
endorf 88 Ostdeutscher Mei-
nd Aufsteiger in die 2. Bundes-
Blau-Weiß Berlin Absteiger in
erliga Berlin)

alliga Ost, Frauen

pieltag: Zehlendorf 88 - SC
ttenburg 12:8 (6:4), Steglit-
Berliner SC 2:1 (1:0), Plau-
Spandauer HTC 8:7 (6:3),
enburger HC - Rotation
uer Berg 2:5 (2:2)
ßtabelle:

er SC	116: 51	39
ndorf 88	155: 56	36
zer TK	86: 62	27
SV	97:102	21
arlottenburg	72:107	13
enburger HC	49: 91	13
uer Berg	59: 90	9
uer HTC	88:163	9

er SC steigt in die Gruppe



sport

los geht's

DEMO für

Öffentliche Räume werden privatisiert, öffentliches Leben kommerzialisiert.
Wer dem nicht entspricht, wird kriminalisiert und vertrieben.
Nicht nur in Köln gibt es Sperrzonen für Menschen ohne Geld.
Deshalb kämpfen wir für Freiräume! Diese Freiräume sind unter anderen Autonome Zentren und Wagenplätze.
In Köln sind in den letzten sechs Monaten zwei Autonome Zentren geräumt worden. Das erste bestand 5 Tage, das vorläufig letzte 3 Wochen.
Zudem hat der Wagenplatz "Wem gehört die Welt" die Kündigung bekommen und sucht ein neues Gelände.

Kommt zur Demo !!!
Freiräume erkämpfen !!!
Autonome Zentren und Wagenplätze schaffen und verteidigen !!!

Autonome Zentren und Wagenplätze

27. März '99 in Köln

Auftaktkundgebung 14:00 Uhr Rathausplatz

abends Konzert mit Copyshop, Petrograd, u.a.

AufruferInnen :

Autonomes Zentrum Köln, AZ Köpi (Berlin), AZ Mühlheim, AZ Aachen, AZ Heidelberg, AZ Bazille (Kassel), Schwarzwaldstraße, Ex-Steffi (Karlsruhe), Rote Flora (Hamburg), Wagenplatz "Wem gehört die Welt", Bundesweiter Zusammenschluß der Wagenburgen, Food Not Bombs Köln, Food Not Bombs Hamburg, Food Not Bombs Tübingen, SSK Ehrenfeld, SSM, Mauwall - Zusammen leben Zusammen wohnen e.V., Alternatives Zentrum e.V. (Zöblitz), Kulturinitiative Beate Fechten e.V., MitarbeiterInnen des Druckluft (Oberhausen), Antifa K, Autonome Antifa REM, Kölner Gegenstrom, Klassenfahrt/ Innenstadtaktion, Gruppe 99 mav, Infoladen Köln, Infoladen Mannheim, Infoladen Tübingen, Infoladen Trier, Lotta, Q-Hof, VEB laut und lästig (Mannheim), Revolution Inside (Bonn), Tonträger Schwarze 7 (Köln), Interpol Times Musikmagazin, R 101/Eve + Rave; und viele andere, die hier nicht mehr hinpassen !!!

Veranstalter : Autonomes Zentrum Köln
V.i.S.d.P.:
Mauwall - Zusammen leben Zusammen wohnen e.V.,
Metzer Str. 18, 50677 Köln

SELBSTBESTIMMT LEBEN
- GRUPPEN GRÜNDEN -

▲ Wege aus der gesellschaftlichen Krise mitgestalten

an Pfingsten
20.-24.5.99
Auf dem Bauernhof der Kommune Niederkaufungen

Mit dieser Veranstaltung wollen wir ein Signal geben für die Gestaltung einer lebenswerteren Zukunft.
Wir laden hierzu für vier Tage 250 Menschen ein, die neue Lebens/ Arbeitsgemeinschaften gründen wollen, Menschen, die ihre persönliche Lebenssituation verbessern und die Positives zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen wollen.
Wir benötigen dazu euer Engagment, eure Mithilfe und/oder eure finanzielle Unterstützung.
Teilnahme nur nach Anmeldung!
Weitere Informationen:

Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1, 34250 Kaufungen
(10 km östlich von Kassel)
Tel 05605 - 80070, Fax 800740
email kommune@t-online.de
http://home.t-online.de/home/kommune

Ausbeutung von Menschen, Völkern, Umwelt beenden ▼

Die Neue Ak kraak - Nr. 18 – ist raus !!

Euer Lieblingstiefsehvideomagazin diesmal mit:
Italienische Linke/Ya basta in Albanien – Karawane für die Rechte v. MigrantInnen und Flüchtlingen – Pizza 17 an Pizza 18 (vieles zu den Grenzcamps) – Köpi bleibt – Friedensbewegung in Serbien – zu den Protesten der KurdInnen – Reclaim the streets - Antifa-Nachrichten - A-clips – Assi TV – Satan TV u.v.m

25.3. shrine, kreutzigerstr. 12 hh, 21 Uhr
28.3. zielona gora, grünbergerstr. 73, 21 Uhr (davor vokü)
29.3. ada-keller, reichenbergerstr 63a HH, 21 Uhr
31.3. kellerkino, dresdnerstr. 21 Uhr
3.4. lichtblick, kastanienallee 77, 18 Uhr
4.4. unsichtbar, liebigstr. 16, 21 Uhr
6.4. supamolly, jessnerstr. 41, 21 Uhr
8.4. brunnenstr. 183 hh, 23 Uhr
14.4. a kaulsdorf 46, 20 Uhr
15.4. villa felix, schreinerstr. 47, 21 Uhr

Ermittlungsausschuß (EA) Köln

Metzer Str. 18, 50677 Köln, Tel.: 0221-9327252 (AB)

An alle Gruppierungen, die an den Gegenveranstaltungen zum EU-Gipfel und WWG in Köln im Juni 99 teilnehmen

Wer wir sind :

Wir, der Ermittlungsausschuß Köln, bestehen seit Ende 1997 und bereiten uns seit einiger Zeit verstärkt auf die Gipfel im Juni 99 vor. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den EA für die Anti-Gipfel-Aktivitäten zusammen mit BündnispartnerInnen wie z. B. der Roten Hilfe und anderen EAen zu organisieren.

Im einzelnen werden wir

- eine gesonderte EA-Telefonnummer für die Gipfelzeit anbieten
- Meldungen über Festnahmen und behördliche Übergriffe entgegennehmen und dokumentieren
- den Verbleib von Festgenommenen recherchieren
- versuchen, Festgenommene mit Hilfe von AnwältInnen so schnell wie möglich wieder freizubekommen
- im Vorfeld Verhaltenstips für Demos und Aktionen herausgeben
- im Nachhinein - wenn gewünscht - Ermittlungs- und Strafverfahren koordinieren

Wozu wir raten :

Nach bisherigem Kenntnisstand sollen die Gipfel bürgernah und ohne medienwirksame Polizeieinsätze gegen DemonstrantInnen ablaufen. So ist geplant, die Repressionsmaßnahmen teilweise aus Köln auszulagern und schon an den Abreiseorten der Anti-Gipfel-AktivistInnen massive Kontrollen durchzuführen. Unliebsame BesucherInnen sollen somit schon an der Abreise gehindert werden, damit sich die häßlichen Szenen außerhalb von Köln und nicht unter den Augen der Weltpresse abspielen. Diese Ankündigung nehmen wir zum Anlaß aufzurufen, auf Repressionen vorbereitet zu sein und EA-Strukturen an den Abreiseorten aufrechtzuerhalten bzw. zu schaffen. Wir bitten Euch, uns von Erkenntnissen über tatsächliche oder geplante Repressionsmaßnahmen im Bezug auf die Gipfel (auch außerhalb von Köln) zu informieren.
Weiter solltet Ihr diskutieren, inwieweit es angebrachter ist, schon im Vorfeld der Gipfel einzeln nach Köln zu kommen oder in Gruppen anzureisen.
Bei den Aktionen und Demos bitten wir alle Gruppen, unter sich Leute zu bestimmen, die bei Übergriffen Kontakt zum EA halten, um unsere eigenen InformantInnen zu ergänzen.

Außerdem brauchen wir für unsere Arbeit noch Geld. Ihr könnt spenden auf das Konto :

Name:	Strausdat
Verwendungszweck:	EA-Köln
Konto-Nr.:	282876-501
BLZ:	37010050
Bank:	Postbank Köln



Wir melden uns wieder, sobald es etwas Neues gibt.

...ag, 6. März 1999,

Kurden

Demonstrationen ab sofort verboten !

KASSEL. In Kassel werden Demonstrationen von Kurden bis auf weiteres verboten. Grund dafür sei der Ablauf der Kundgebung in der Kasseler Innenstadt am Donnerstag, erklärte Bürgermeister I... Groß (PKK) gestern in Kassel. Die V... staltung verlief zwar friedlich... nen waren jedoch... nommen...



wegen der großen Nachfrage

FRAUENLESBEN FLOHMARKT

im EX

am 28.3.

13^{oo}-18^{oo}

10,- DM Standgebühr für Sorglos- Konto
(Unterstützung illegalisierter
Migrantinnen)

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat
FrauenLesben Tag im Ex.
Ab 12^{oo} Frühstücksbuffet
Ab $19.^{oo}$ warmes Essen

Standanmeldung Tel. 693 58 00

Gneisenaustr. 2a, U-Bhf. Mehringdamm